

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

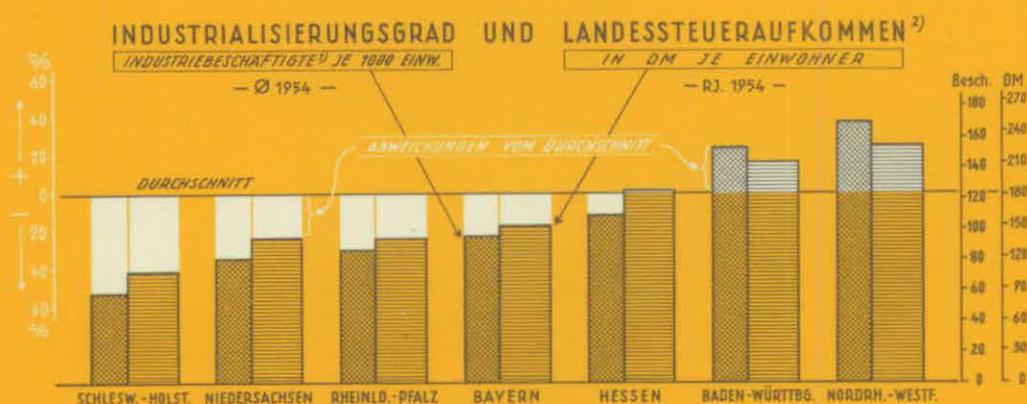
März 1956

8. Jahrgang · Heft 3



INHALT

Gesamtüberblick	65	Der Güterumschlag in den Häfen im Jahre 1953	78
Das Handwerk im Jahre 1955	67	Kurzberichte	
Die Gesellschaften m. b. H. in Schleswig-Holstein 1953-1955	70	Wieder verstärkter Bauwille in Schleswig-Holstein	81
Die Pflichtkrankenkassen im Jahre 1954	73	Die Viehbestände am 2. Dezember 1955	85
Die öffentliche Jugendhilfe in den Rechnungsjahren 1953 und 1954	76	Die Bautätigkeit im Bundesgebiet und West-Berlin im Jahre 1955	86
<i>Graphik des Monats: „Kreisentwicklung Schleswig-Holsteins 1950-1955“ . . nach Seite</i>	80		
Tabellenteil	88		



¹⁾ ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft

²⁾ Steuern, die den Ländern verbleiben, nach Abzug des Bundesanteils (38%) an der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Bezeichnung	Jahreszahlen ¹⁾					Vierteljahreszahlen			Monatszahlen				
	1950	Zeit	1953	1954	1955	Zeit/ Stand	1953	1954	1955	1955			dagegen Dez. 1954
			b zw. 1953/54	b zw. 1954/55	b zw. 1955/56					Okt.	Nov.	Dez.	
Wanderung je 1 000 Einwohner (Mobilitätsziffer)	+ 53		+ 42	+ 32		Juli- Sept.		+ 32	+ 12				
Vertriebene ²⁾ je 100 Einwohner	+ 95	Okt.- Sept.	+ 65	+ 60		30.9.	+ 68	+ 62	+ 58				
Schüler ³⁾ je 10 000 Einwohner (Stand jeweils 1.5.)	+ 20 ^{a)}		+ 23	+ 20									
Ständig Beschäftigte in der Landwirtschaft ⁴⁾ je 1 000 Einwohner	- 26 ^{b)}		- 10 ^{c)}	- 5 ^{d)}									
Beschäftigte in der Industrie ²⁾ je 1 000 Einwohner	- 59	Dez.- Nov.	- 53	- 51		Sept.- Nov.	- 53	- 51	- 50	- 50	- 50	- 50	- 52
Industriearbeiter (männliche Facharbeiter)													
Wochenarbeitszeit	- 0,2 ^{e)}					Aug.	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,2				
Bruttostundenverdienst	- 6,0 ^{e)}					Aug.	- 4,4	- 3,4	- 3,5				
Bruttowochenverdienst	- 6,2 ^{e)}					Aug.	- 1,5	- 0,5	- 1,4				
Beschäftigte Arbeitnehmer je 1 000 Einwohner (Stand jeweils 31.3.)	- 19,4		- 16,6	- 16,0	- 15,8								
Arbeitslose ²⁾ je 100 Arbeitnehmer	+ 145	Febr.- Jan.	+ 105	+ 96	+ 124	Nov.- Jan.	+ 94	+ 108	+ 147	+ 187	+ 176	+ 149	+ 107
Dauerarbeitslose je 100 Arbeitnehmer (Stand jeweils 31.8.)	+ 458		+ 241	+ 207	+ 272								
Pkw und Lkw Bestand (jeweils am 1.7.) je 1 000 Einwohner	- 28		- 15	- 13	- 10								
Zulassungen ⁵⁾ je 1 000 Einwohner	- 34		- 17	- 12	- 18	Okt.- Dez.	- 13	- 8	- 21	- 25	- 12	- 24	+ 0
Spareinlagen ²⁾ je Einwohner	- 38		- 34	- 31	- 32	Okt.- Dez.	- 33	- 31	- 32	- 31	- 31	- 32	- 31
Landessteuern ⁶⁾ je Einwohner	- 49	Nov.- Okt.	- 43	- 47		Aug.- Okt.	- 48	- 45	- 47	- 41			
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital je Einwohner	- 37	Okt.- Sept.	- 42	- 42		Juli- Sept.	- 48	- 44	- 44				
Umsatzsteuer ⁷⁾ je Einwohner	- 34	Nov.- Okt.	- 37	- 37		Aug.- Okt.	- 33	- 37	- 36	- 33			
In der offenen Fürsorge laufend unterstützte Personen ⁸⁾ je 100 Einwohner	+ 29		+ 45	+ 55		30.6.	+ 40	+ 56	+ 52				

1) Kursivzahlen = rollende Jahreszahlen 2) bei Jahres- und Vierteljahreszahlen 0 des angegebenen Zeitraumes 3) in allgemeinbildenden Schulen
4) einschl. ständig beschäftigter Betriebsinhaber 5) fabrikneuer Fahrzeuge 6) einschl. Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaft-
steuer 7) einschl. Umsatzausgleichsteuer 8) Bestand am Ende des angegebenen Zeitraumes
a) 1951 b) Stand: 22.5.1949 c) Sommerhalbjahr 1953 d) Sommerhalbjahr 1954 e) September 1950

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

März 1956



8. Jahrgang · Heft 3

Gesamtüberblick



GERINGERER BEVÖLKERUNGS- RÜCKGANG ALS 1954

Im Laufe des Jahres 1955 ging die Einwohnerzahl des Landes um 26 200 (1,1 %) auf 2,277 Mio zurück. Die Abnahme ergab sich aus einem Wanderungsverlust von 33 600 und einem Geburtenüberschuss von 7 400 Personen; 1954 betrug der Bevölkerungsrückgang, bei einem Wanderungsverlust von 48 600 und einem Geburtenüberschuss von 7 400 Personen, 41 200 = 1,8 %.

1955 sind 89 800 Personen aus Schleswig-Holstein fort- und 56 200 Personen nach Schleswig-Holstein zugezogen. Gegenüber 1954 hat sich die Zahl der Fortgezogenen um 14 % verringert, während die der Zugezogenen etwa gleichblieb. Innerhalb des Landes verzogen rund 122 100 Personen in eine andere Gemeinde (1954: 129 200).

Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung haben sich gegenüber dem Vorjahre nur geringfügig verändert. Auf 1 000 Einwohner kamen

	1954	1955
Eheschliessungen	7,3	7,6
Lebendgeborene	14,0	13,9
Gestorbene	10,8	10,7

Der Geburtenüberschuss betrug in beiden Jahren 3,2 je 1 000 Einwohner.

ZAHL DER VERTRIEBENEN NUR WENIG GESUNKEN

Die Zahl der Vertriebenen in Schleswig-Holstein hat sich im Laufe des Jahres 1955 um 16 400 = 2,6 % auf 622 200 verringert. Im Jahre 1954 betrug die Abnahme der Vertriebenenanzahl 4,3 %, 1953 noch 8,5 %. Der Rückgang ist auf die in den letzten Jahren ständig

geringer werdende Umsiedlung zurückzuführen.

Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung betrug am Jahresende 1955 27,3 %. Damit liegt Schleswig-Holstein immer noch an der Spitze aller Bundesländer, an zweiter Stelle folgt Niedersachsen mit 25,6 %. Im Bundesgebiet betrug der Vertriebenenanteil zum gleichen Zeitpunkt 17,4 %.

WENIGER UMGESIEDELTE

Im Jahre 1955 wurden aus Schleswig-Holstein rund 26 800 Personen umgesiedelt, das sind 36 % weniger als im Vorjahr. Die Hauptaufnahmeländer waren Nordrhein-Westfalen (71 %), Hamburg (17 %) und Baden-Württemberg (7 %).



1955 MEHR WOHNUNGEN GEPLANT ALS 1954¹⁾

Mit 24 662 von den Baubehörden des Landes genehmigten Wohnungseinheiten übertraf das Jahr 1955 das Vorjahr um 2 838 geplante Wohnungen (+ 13 %). Zugleich erhöhte sich das Bauvolumen²⁾ gegenüber 1954 um fast 1 Mio cbm umbauten Raumes auf insgesamt rund 10 Mio cbm. Die veranschlagten reinen Baukosten stiegen in demselben Zeitraum von 426 Mio DM auf 501 Mio DM an.

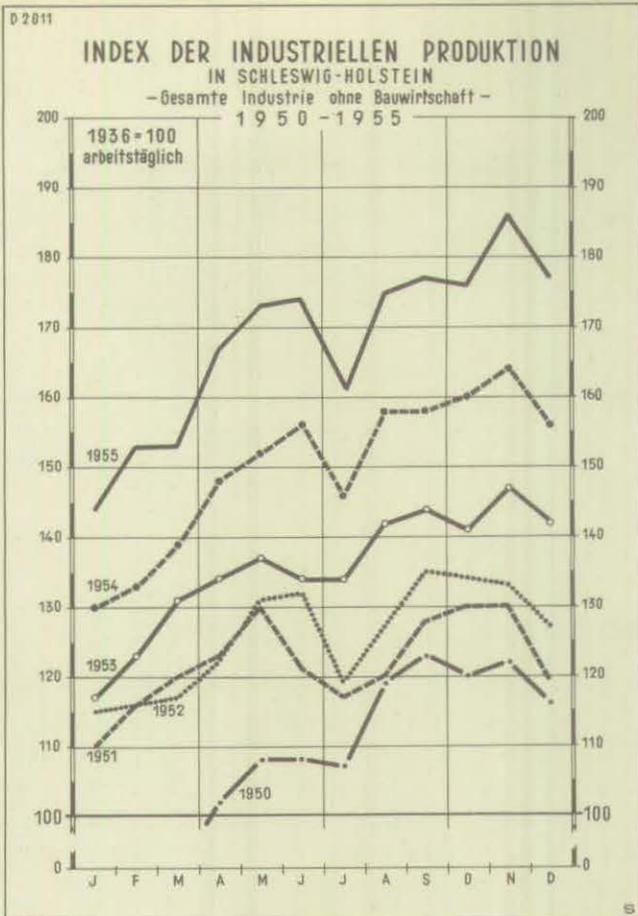


15 000 INDUSTRIEBESCHÄFTIGTE MEHR ALS 1954

Im Jahre 1955 wurden in der schleswig-holsteinischen Industrie 15 000 Personen, darunter ein Drittel Frauen, mehr beschäf-

¹⁾ vgl. auch "Wieder verstärkter Bauwille in Schleswig-Holstein", Seite 81 ff

²⁾ ohne die Wiederherstellung, den Um-, Aus- und Erweiterungsbau von Gebäudeteilen



tigt als im Vorjahr. Der Umsatz der Industrie erhohnte sich gegenüber 1954 um 13 % auf rund 4,2 Mrd DM. An Löhnen und Gehältern wurden 622 Mio DM gezahlt, das sind 15 % mehr als im vorhergehenden Jahr.

Der Index der industriellen Produktion (1936 = 100) lag 1955³⁾ mit einem Jahreswert von 168 um 13 % über dem Ergebnis für 1954. Im Bund betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 16 %³⁾.



PREISINDEX FÜR DIE LEBENS- HALTUNG LEICHT GESTIEGEN

Im Februar 1956 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 0,4 % auf 173,0 (1938 = 100). Für den Anstieg waren insbesondere die jahreszeitlich bedingten Preiserhöhungen für Kartoffeln und Gemüse bestimmend. Der Index lag damit um 2,2 % höher als im Februar 1955.



20 UNFALLTOTE IM FEBRUAR

Bei 1 464 Strassenverkehrsunfallen im Februar 1956 wurden 20 Personen getötet und 408 verletzt. Gegenüber dem Februar 1955 stieg die Zahl der Unfälle um 19 % und die der Verletzten um 1 %. Die Zahl der Unfalltoten erhohnte sich um sieben.

3) vorläufiges Ergebnis



EINSCHRÄNKUNG DES GEMUSEANBAUES

Der Gemüseanbau wird im Jahre 1956 gegenüber dem recht hohen Anbau im Vorjahr voraussichtlich um gut 20 % eingeschränkt werden. Nach den Anbauabsichten wird die Kopfkohlflache nur etwa zwei Drittel so gross werden wie im Durchschnitt der Vorkriegsjahre 1936 - 1939.

ERHÖHTER FLEISCHANFALL

Der Fleischanfall aus den Schlachtungen von Inlandtieren war 1955 mit 97 000 t grösser als in allen Jahren zuvor.

WEITERER RÜCKGANG DER MILCHERZEUGUNG

1955 setzte sich der Rückgang der Milcherzeugung seit dem Rekordjahr 1953 weiter fort. Mit 1,577 Mio t wurde um 1,9 % weniger Milch erzeugt als im Durchschnitt der Jahre 1950 - 1954. Der Rückgang ist vor allem durch die schlechte Futtermittellieferung in den ersten Monaten des Jahres und durch den verringerten Milchkuhbestand eingetreten.

WENIGER MITGLIEDER BEI DEN PFLICHTKRANKENKASSEN⁴⁾

Im Durchschnitt des vierten Quartals 1955 lag die Mitgliederzahl der Pflichtkrankenkassen mit 526 000 um 12 000 (2 %) niedriger als im vierten Quartal 1954. Auf 100 Mitglieder kamen am 1. 2. 1956 3,18 Arbeitsunfahigkeitsmeldungen (1. 2. 1955: 3,28).



ZAHL DER KONKURSE WEITER GESUNKEN

Seit dem Jahre 1951 ist die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren ständig zurückgegangen. 1955 erreichte sie mit 225 Insolvenzen den bisher niedrigsten Stand.

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon	
		Konkurse	Vergleichsverfahren
1951	412	301	111
1952	342	281	61
1953	313	248	65
1954	291	241	50
1955	225	191	34

Die Zahl der im Monatsdurchschnitt gestellten Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls hat dagegen zugenommen. Sie betrug 1953: 11 700, 1954: 12 100 und 1955: 12 500.

4) vgl. auch "Die Pflichtkrankenkassen im Jahre 1954", Seite 73 ff

Das Handwerk im Jahre 1955

Gesamthandwerk

Das Handwerk konnte im Jahre 1955 sowohl seine Beschäftigtenzahl als auch seinen Umsatz geringfügig steigern. Die Kurve der Beschäftigung (Abbildung 1) liegt in den ersten drei Quartalen etwas über der des Vorjahres. Der Rückgang im letzten Quartal ist saison- und witterungsbedingt. Nach den aus dem Handwerk vorliegenden Stimmen ist die relativ geringfügige Steigerung der Beschäftigtenzahl während des Jahres 1955 – zumindest zu einem Teil – auf den Mangel an Fachkräften in vielen Handwerkszweigen zurückzuführen und hängt u.a. mit der wachsenden Abwanderung der Arbeitskräfte zusammen. Auch das Fehlen von Nachwuchskräften dürfte sich immer stärker bemerkbar machen. Im Jahresdurchschnitt waren insgesamt 160 000 Personen beschäftigt, das sind 2 000 (= 1 %) mehr als im Vorjahr. Die Zunahme liegt jedoch noch im Bereich der Fehlergrenzen dieser Stichprobenerhebung.

Die Umsatzkurven der beiden letzten Jahre verlaufen fast parallel. Der Niveauunterschied erklärt sich in erster Linie aus den verschiedenen, im Laufe des Jahres eingetretenen Lohn- und Materialpreiserhöhungen; auch die durch den Mangel an Arbeitskräften bedingte und in wachsendem Ausmass vorkommende Zahlung übertariflicher Löhne mag mit dazu beigetragen haben, dass die Kurve für 1955 über der für 1954 verläuft. Eine wirkliche Leistungssteigerung dürfte jedoch, wenn überhaupt, so nur in ganz geringem Umfange eingetreten sein.

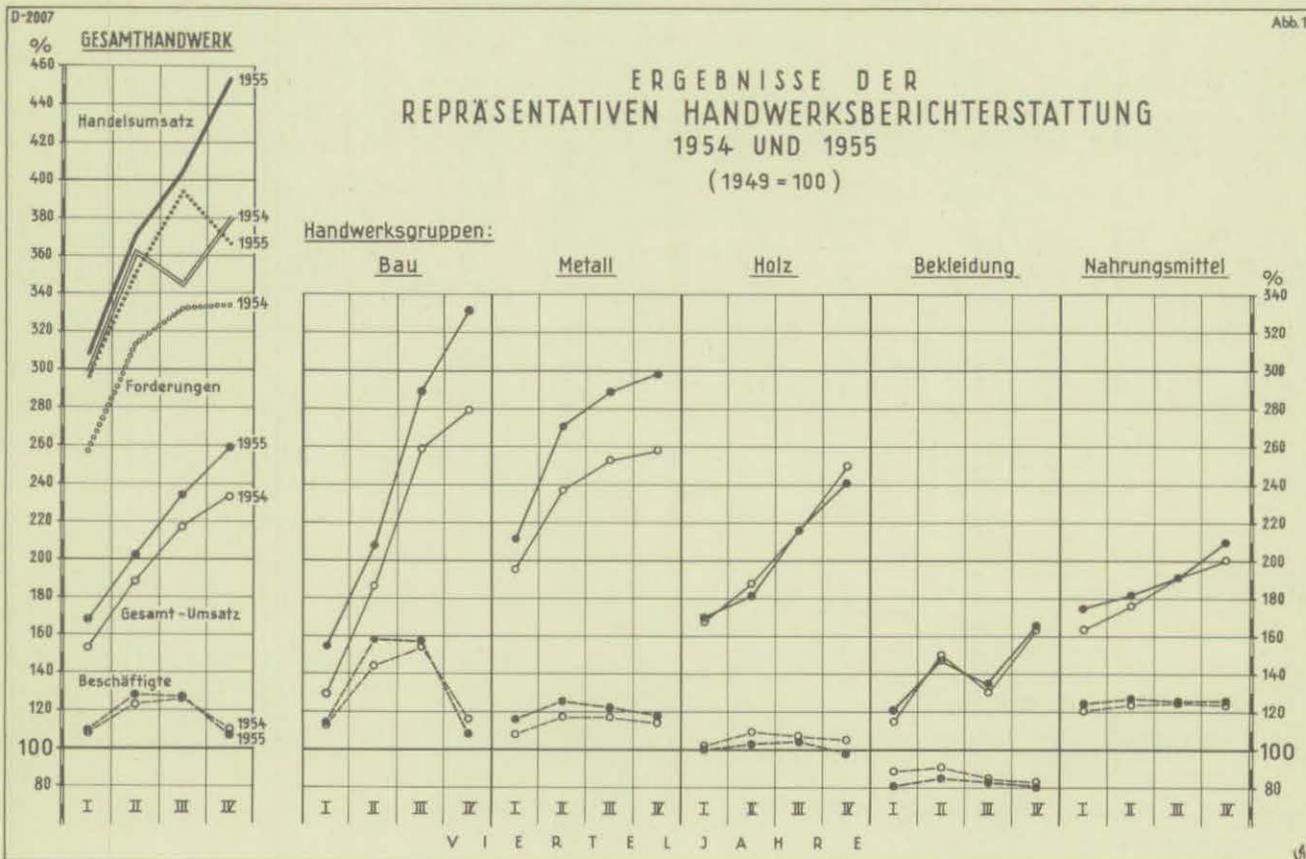
Der Jahres-Gesamtumsatz hat erstmals 2 Mrd DM überschritten, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 8 % entspricht. Dabei stieg der Handelsumsatz (580 Mio DM) um 12 %. Er lag besonders in den beiden letzten Quartalen erheblich über den entsprechenden Vorjahreswerten. Sein Anteil am Gesamtumsatz nahm nur unwesentlich – von 27 auf 28 % – zu. Seit 1949, also innerhalb von 7 Jahren, hat

Tab. 1

Jahresergebnisse des Gesamthandwerks

	Grundzahlen		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Jahresindices (1949=100)	
	1954	1955		1954	1955
Beschäftigte ¹⁾	158 000	160 000	+ 1	117	118
Gesamtumsatz	r 1 950	2 100	+ 8	198	216
darunter					
Handelsumsatz	r 520	580	+ 12	347	385
in % des Gesamtumsatzes	27	28	+ 4	x	x
Forderungen ¹⁾	r 140	160	+ 14	309	352
in % des mtl. Gesamtums.	r 86	91	+ 6	x	x

1) Jahresdurchschnitt aus vier Vierteljahreswerten (Stichtag jeweils am Quartalsende)



sich der Anteil des Handelsumsatzes am Gesamtumsatz jedoch fast verdoppelt, was deutlich zeigt, nach welcher Richtung sich das Handwerk entwickelt hat und voraussichtlich auch weiter entwickeln wird.

Die Forderungen – im Jahresdurchschnitt 160 Mio DM – sind gegenüber dem Vorjahr um 14 % gestiegen, was im wesentlichen ebenfalls auf die Lohn- und Preiserhöhungen zurückzuführen sein dürfte; das Verhältnis Forderungen zum monatlichen Gesamtumsatz stieg von 86 % auf 91 %. Bemerkenswert ist der ungewöhnlich starke Rückgang der Forderungen im 4. Quartal.

Was die Entwicklung der Rohstoffpreise anbelangt, so sind fast durchweg mehr oder weniger starke Erhöhungen eingetreten. Lediglich bei den Textilrohstoffen gab es zum Teil erhebliche Preisrückgänge.

Eine grössere Zahl von Lohntarif-Erhöhungen sind im Laufe des Jahres 1955 in Kraft getreten. Ausserdem wirkten sich auch einige der Ende 1954 getroffenen Lohnvereinbarungen erst 1955 voll aus.

Handwerksgruppen

Die für das Gesamthandwerk angeführten Gründe für die verhältnismässig geringe Beschäftigungszunahme im Berichtsjahr gilt besonders auch für die Gruppe Bau. Gerade hier zeigt sich der Facharbeitermangel am deutlichsten und auch die Abwanderung spielt hier eine erhebliche Rolle. Im allgemeinen verlief die Beschäftigungsentwicklung wie üblich, nur im letzten Quartal des Jahres war der Abfall infolge eines Kälteeinbruches im Dezember stärker als im Vorjahr.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl (65 000) hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (die Zunahme um 1 000 Arbeitskräfte dürfte noch innerhalb der Fehlergrenzen

liegen). – Hinsichtlich der Beschäftigtenzahl (Jahresdurchschnitt) stehen die Bauhandwerke wiederum weitaus an erster Stelle. Auch beim Gesamtumsatz, der um 16 % auf 650 Mio DM zugenommen hat, übertreffen sie die Gruppe der Nahrungsmittelhandwerke, die bisher die Spitze hielt. Diese Zunahme wird aber wohl zum grossen Teil den Auswirkungen der Lohn- und Materialpreiserhöhungen zuzuschreiben sein und nur zum geringeren Teil einer Leistungssteigerung.

Der Anteil des Handelsumsatzes am Gesamtumsatz (5 %) blieb unverändert. Die Forderungen betragen im Durchschnitt fast das Anderthalbfache eines Monatsumsatzes. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass bei den Bauhandwerken die Gepflogenheit besteht, erst am Ende der Bausaison die erstellten Objekte endgültig abzurechnen.

Gruppe Metall: Mit 27 000 Beschäftigten im Jahresdurchschnitt stand die Gruppe Metall wiederum an zweiter Stelle unter den Handwerksgruppen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 8 %, während der Gesamtumsatz sogar um 12 % auf 470 Mio DM stieg. Daraus ergibt sich, dass die Gruppe der metallverarbeitenden Handwerke im abgelaufenen Jahr eine günstige Entwicklung genommen hat.

Materialpreissteigerungen hat es bei den für diese Gruppe wichtigen Rohstoffen nur in geringem Umfange gegeben. Auch die für die einzelnen Handwerkszweige in Betracht kommenden Lohnerhöhungen sind erst am 1. 11. 1955 in Kraft getreten, so dass sie sich auf das Jahresergebnis kaum merkbar auswirken konnten. Man wird also annehmen können, dass die erzielte Umsatzsteigerung weitgehend auf handwerkliche Leistungssteigerungen zurückzuführen ist. Die Forderungen lagen unter einem durchschnittlichen Monatsumsatz.

Gruppe Holz: Im Gegensatz zur Gruppe Metall sind die Ergebnisse der Gruppe Holz nicht sehr günstig, da hier die immer mehr um sich greifende strukturelle Wandlung beson-

Tab. 2

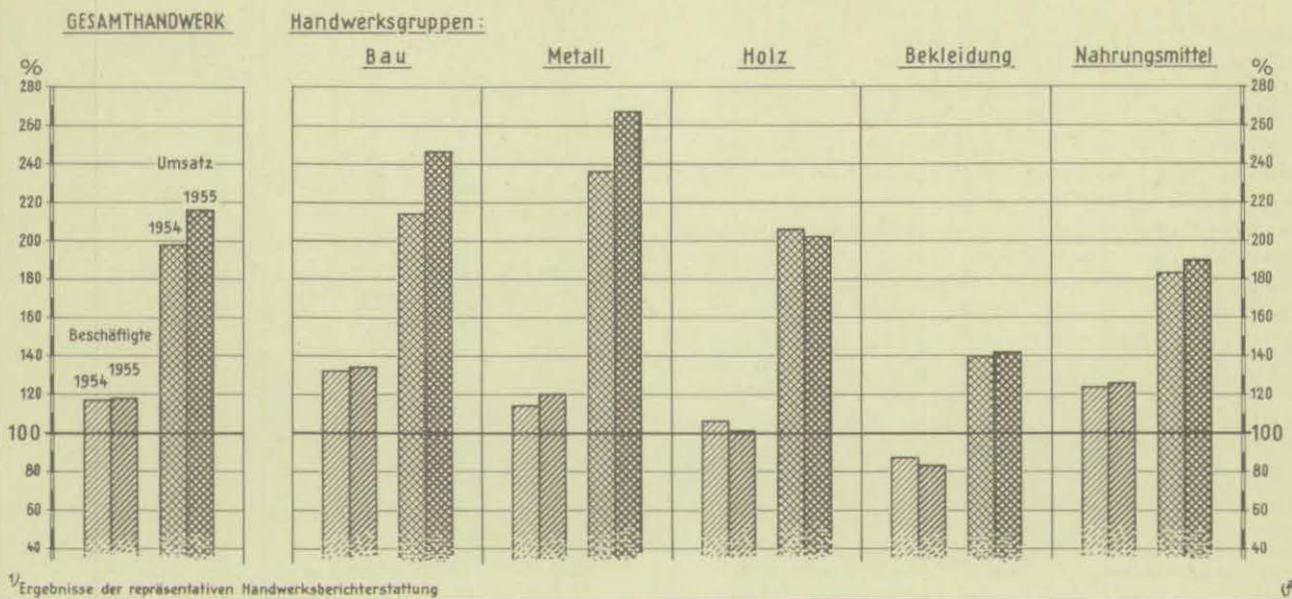
Jahresergebnisse der Handwerksgruppen

		Grundzahlen		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Jahresindices (1949=100)	
		1954	1955		1954	1955
Bau	Beschäftigte ¹⁾	64 000	65 000	+ 2	132	134
	Gesamtumsatz in Mio DM	560	650	+ 16	214	246
	Handelsumsatz in % des Gesamtumsatzes	5	5	-	x	x
	Forderungen in % des mtl. Gesamtums.	136	144	+ 6	x	x
Metall	Beschäftigte ¹⁾	25 000	27 000	+ 8	114	120
	Gesamtumsatz in Mio DM	420	470	+ 12	236	267
	Handelsumsatz in % des Gesamtumsatzes	64	59	- 8	x	x
	Forderungen in % des mtl. Gesamtums.	86	92	+ 7	x	x
Holz	Beschäftigte ¹⁾	13 000	13 000	-	106	101
	Gesamtumsatz in Mio DM	130	130	-	206	202
	Handelsumsatz in % des Gesamtumsatzes	14	16	+ 14	x	x
	Forderungen in % des mtl. Gesamtums.	100	107	+ 7	x	x
Bekleidung	Beschäftigte ¹⁾	20 000	19 000	- 5	87	83
	Gesamtumsatz in Mio DM	130	130	-	140	142
	Handelsumsatz in % des Gesamtumsatzes	40	43	+ 8	x	x
	Forderungen in % des mtl. Gesamtums.	73	68	- 7	x	x
Nahrungsmittel	Beschäftigte ¹⁾	23 000	24 000	+ 4	124	126
	Gesamtumsatz in Mio DM	620	640	+ 3	183	190
	Handelsumsatz in % des Gesamtumsatzes	26	35	+ 35	x	x
	Forderungen in % des mtl. Gesamtums.	71	88	+ 24	x	x

1) Jahresdurchschnitt

BESCHÄFTIGTE UND UMSATZ IM HANDWERK 1954 UND 1955¹⁾

- JAHRESINDICES, 1949 = 100 -



ders bei einzelnen Zweigen (Stellmacher, Böttcher usw.) zu bedrohlichen Krisen zu führen beginnt. Die absolute Zahl der Beschäftigten betrug im Berichtsjahr ebenso wie im Vorjahr rund 13 000, während die Indices des Berichtsjahres in allen Quartalen, wenn auch nur geringfügig, unter den entsprechenden Vorjahresindices lagen¹⁾.

Der absolute Wert des Gesamtumsatzes betrug wie im Vorjahr 130 Mio DM. Die ab 1. 10. in Kraft getretenen Lohn-erhöhungen für Tischler haben das Jahresergebnis noch nicht erheblich beeinflussen können. Der Anteil des Handelsumsatzes am Gesamtumsatz ist von 14 auf 16 % angewachsen.

Was die einzelnen Handwerkszweige dieser Gruppe anbelangt, so wurden die ungünstigen Ergebnisse der Stellmacher, Korbmacher und Böttcher zum grössten Teil durch die guten Ergebnisse im Tischlerhandwerk ausgeglichen. Die Forderungen, gemessen am monatlichen Gesamtumsatz, stiegen von 100 auf 107 %, obwohl der Umsatz – wie erwähnt – keine erhebliche Veränderung erfahren hat. Die Schnittholzpreise waren etwas höher als im Vorjahr, gingen jedoch von Beginn des 4. Quartals an wieder auf den alten Stand zurück.

Gruppe Bekleidung: Für diese Handwerksgruppe gilt allgemein dasselbe wie für die Gruppe Holz. Auch hier wird infolge der fehlenden Mechanisierung beim Handwerk der Wettbewerbsdruck der Industrie immer grösser, und dies um so mehr, da die Industrie sich bemüht, durch Verfeinerung der Produktionsmethoden auch dem individuellen Geschmack der Abnehmer zu entsprechen. Die Folgen dieser Entwicklung spiegeln sich in den Ergebnissen der Berichterstattung deutlich wider. Die Handwerksgruppe Bekleidung ist die einzige, bei der die Beschäftigtenzahl – 19 000 – zurückging (5 %), und die einzige, bei der der Beschäftigtenindex nicht nur während des ganzen Berichtsjahres unter 100 lag, sondern immer weiter sank. Dieses ungünstige Ergebnis wurde besonders durch das Schuhmacher- bzw. Herrenschneiderhandwerk verursacht, die im Jahresdurchschnitt nur auf einen Index von 73 bzw. 76 kamen.

Der Gesamtumsatz der Gruppe – 130 Mio DM – hat sich gegenüber dem Vorjahr praktisch nicht verändert, während

¹⁾ Dieser scheinbare Widerspruch ist auf die vorgenommenen Ab- rundungen der absoluten Werte zurückzuführen

der Anteil des Handelsumsatzes am Gesamtumsatz relativ um 8 % zunahm. Dies kann als ein Zeichen für die Bemühungen gewertet werden, die Rentabilität durch verstärkten Handel zu verbessern. Die Forderungen der Gruppe sind, gemessen am monatlichen Gesamtumsatz, relativ um 7 % geringer geworden. Bei der Beurteilung der Umsatzzahl ist nicht ohne Bedeutung, dass die Preise für viele Textilrohstoffe, wie z. B. inländische Wolle, ausländische Wolle, Baumwolle u. dgl., im Laufe des Berichtsjahres um bis zu 20 % gesunken sind.

Gruppe Nahrungsmittel: Diese Gruppe zeichnet sich durch ihren zwar langsamen, aber seit Jahren anhaltenden Anstieg aus. Mit 24 000 Beschäftigten steht sie heute zwar erst an dritter Stelle hinter den Gruppen Bau und Metall, hinsichtlich des Gesamtumsatzes (640 Mio DM) jedoch hinter der Gruppe Bau an zweiter Stelle. Der Anteil des Handelsumsatzes ist in dieser Gruppe um 35 % grösser geworden. Diese Zunahme und die Erhöhung der Forderungen um 24 % ist auf die Entwicklung im Fleischerhandwerk zurückzuführen. Die Rohstoffpreise stiegen im Laufe des Berichtsjahres zum Teil um bis zu 11 % (Rinder).

Tab. 3 Der Umsatz je Beschäftigten in den Handwerksgruppen 1949 und 1955

	Umsatz je Beschäftigten		Veränderung
	1949	1955	
	in DM		in %
Bau	5 400	10 000	+ 85
Metall	8 000	17 400	+ 118
Holz	5 000	10 000	+ 100
Bekleidung	4 000	6 800	+ 70
Nahrungsmittel	18 000	26 700	+ 48

Der Umsatz je Beschäftigten hat sich gegenüber 1949 am stärksten in den Handwerksgruppen Metall und Holz, am schwächsten in der Gruppe Nahrungsmittel erhöht.

Vergleiche auch: "Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung im Jahre 1954" in Statistische Monatshefte Schl.-Holst., 7. Jg., Heft 6, Juni 1955, S. 225 ff.

Dipl.-Ing. E. Hirschbrich

Die Gesellschaften m. b. H. in Schleswig-Holstein 1953-1955¹⁾

Überblick

Am 31. 12. 1955 waren in Schleswig-Holstein 939 Gesellschaften m. b. H. im Handelsregister eingetragen²⁾, das sind rund 93 % aller in Schleswig-Holstein tätigen Kapitalgesellschaften³⁾. Mit einem Nominalkapital von 130 Mio DM (DM-Gesellschaften) und 9 Mio RM (RM-Gesellschaften) entfällt dagegen auf die Gesellschaften m. b. H. nur etwa 43 % des Kapitals der Kapitalgesellschaften. Bei den Aktiengesellschaften handelt es sich in der Regel um grössere, bei den Gesellschaften m. b. H. um kleinere bis mittlere Unternehmungen; nur verhältnismässig wenig Gesellschaften m. b. H. erreichen das Nominalkapital einer mittleren Aktiengesellschaft. In Schleswig-Holstein beträgt das Grössenverhältnis – gemessen am durchschnittlichen Nominalkapital – von Gesellschaften m. b. H. zu Aktiengesellschaften 1 : 18, im Bundesgebiet sogar 1 : 33. Während die Aktiengesellschaften im Bund mehr als dreimal grösser sind als in Schleswig-Holstein, sind die schleswig-holsteinischen Gesellschaften m. b. H. nur um knapp die Hälfte kleiner als die im Bund.

Entsprechend der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsstruktur treten also die ausgesprochen kapitalstarken Grossunternehmungen zugunsten der mittleren und kleinen Betriebsgrössen zurück. Da die Gesellschaft m. b. H. besonders von letzteren als Rechtsform bevorzugt wird, sind sie hinsichtlich ihrer Häufigkeit und mit ihrem Kapital für den Produktions- und Austauschprozess unseres Landes von besonderer Bedeutung. Dies mag noch unterstrichen werden durch die Ergebnisse der "Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung" des Jahres 1950⁴⁾; damals waren von rund 463 000 Beschäftigten in schleswig-holsteinischen Unternehmungen mehr als 8 % in Gesellschaften m. b. H. und demgegenüber nur 5 % in Aktiengesellschaften tätig.

Bestand und Entwicklung der Anzahl und des Stammkapitals der Gesellschaften m. b. H.

Im Jahre 1938 waren in Schleswig-Holstein 391 Gesellschaften m. b. H. ansässig⁵⁾. Ihre Zahl hat sich also in der Kriegs- und besonders in der Nachkriegszeit auf ca. das

Zweieinhalbfache erhöht. Diese Zunahme hat vor allem zwei Ursachen: Zum einen war die Zahl der Gesellschaften m. b. H. im Jahre 1938 auf Grund der Gesetze vom 5. 7. und 9. 10. 1934 ganz besonders niedrig, zum anderen wurde in den Nachkriegsjahren gerade diese Rechtsform bevorzugt gewählt. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass sie im Vergleich zur Aktiengesellschaft nicht so strengen gesetzlichen Vorschriften genügen muss – sie ist leichter zu gründen und ihre Bilanzen unterliegen nicht der Veröffentlichungs- und Prüfungspflicht – und gewisse Möglichkeiten der Steuergesetzgebung nutzen kann. In der Zeit vom 1. 1. 1951 bis zum 31. 12. 1955 wurden 7 Aktiengesellschaften in Gesellschaften m. b. H. umgewandelt, während umgekehrt nur 2 Gesellschaften m. b. H. ihre Rechtsform in die einer Aktiengesellschaft änderten. Im gleichen Zeitraum wurde von den Amtsgerichten die Umwandlung von weiteren 46 Gesellschaften m. b. H. in Personengesellschaften und Einzelfirmen gemeldet; Änderungen in umgekehrter Richtung wurden nicht nachgewiesen.

Der Bestand an Gesellschaften m. b. H. hat sich im Laufe der letzten drei Jahre durch 214 Zugänge und 201 Abgänge um 13 Gesellschaften erhöht.

Es wurden in der Zeit vom 1. 1. 1953 bis zum Jahresende 1955 179 Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. durch die Amtsgerichte gemeldet. Das sind allein 84 % aller Zugänge. Einige Bedeutung hatte daneben noch die Verlegung der Geschäftssitze von 13 Gesellschaften m. b. H. nach Schleswig-Holstein. Im gleichen Zeitraum verlegten allerdings 35 Gesellschaften m. b. H. – das sind 17 % aller Abgänge – ihren Sitz nach ausserhalb des Landes. Noch bedeutsamer als die Abgänge durch Sitzverlegung waren die Löschungen wegen Eröffnung eines Liquidations- oder Konkursverfahrens – 58 Fälle – und 76 "Sonstige Abgänge", die vor allem Löschungen von Amts wegen betrafen.

In dem betrachteten Zeitraum gaben 9 Gesellschaften m. b. H. ihre neuen, auf DM umgestellten Kapitalverhältnisse bekannt. Während 2 Gesellschaften ihr Kapital im Verhältnis von 10 : 10 umstellten, setzten 7 Gesellschaften ihr Kapital herab. Das Nominalkapital dieser 9 Gesellschaften ging daher im Verhältnis von 10 : 7,7 zurück.

Tab. 1 Bestand der Gesellschaften m. b. H. nach Zahl und Höhe des Stammkapitals

Bestand am	Zahl der Unternehmen	davon					
		DM-Gesellschaften			RM-Gesellschaften		
		Zahl	Kapital in Mio DM	Durchschnittskapital in 1000 DM	Zahl	Kapital in Mio RM	Durchschnittskapital in 1000 RM
31. 12. 1952	926	895	113	126	31	10	323
31. 12. 1953	950	932	126	135	18	9	477
31. 12. 1954	930	918	126	137	12	4	336
31. 12. 1955	939	929	130	140	10 ^{a)}	9 ^{a)}	923 ^{a)}

a) Zugang durch Sitzverlegung einer G. m. b. H. mit 5,7 Mio RM von Stettin nach Schleswig-Holstein

1) Der folgende Beitrag ergänzt die Darstellung "Die Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein 1950 – 1954", Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Jg. 7, Heft 11, zu einem Überblick über Stand und Bewegung der in Schleswig-Holstein tätigen Kapitalgesellschaften.

2) Da die Angaben für die Statistik den Meldungen der Amtsgerichte entnommen werden, umfasst sie alle die Gesellschaften m. b. H., die mit ihrer Hauptniederlassung in den Handelsregistern schleswig-holsteinischer Amtsgerichte eingetragen sind. Zweigniederlassungen werden am Unternehmenssitz mit erfasst. Es bleiben also alle die Unternehmungen unberücksichtigt, die ihren Hauptsitz ausserhalb des Landes haben, auch wenn ihre wirtschaftliche Tätigkeit

überwiegend oder ganz in Schleswig-Holstein ausgeübt wird. Umgekehrt werden Gesellschaften m. b. H. nachgewiesen, deren Kapital ausserhalb von Schleswig-Holstein arbeitet.

3) Es sollen nur die tätigen Unternehmungen, die wirtschaftlich gesehen von Interesse sind, erfasst werden. Daher werden die Gesellschaften, für die die Eröffnung eines Liquidations- oder Konkursverfahrens gemeldet wird, vom jeweiligen Bestand abgesetzt.

4) vgl. "Die Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Schleswig-Holstein", Statistik von Schlesw.-Holst., Kiel 1952, H. 11, S. 55*

5) vgl. "Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches", Berlin, Jg. 48, 1939, H. 1, S. 136

Tab. 2

Entwicklung von Zahl und Stammkapital der Gesellschaften m. b. H. in der Zeit vom 1. 1. 1953 bis 31. 12. 1955

Art der Änderungen	DM-Gesellschaften		RM-Gesellschaften	
	Zahl	Kapital in 1000 DM	Zahl	Kapital in 1000 RM
Bestand am 1. 1. 1953	895	112 745	31	10 009
Zugänge	212	37 814	2	13 703
davon				
Gründung, Umwandlung u. Fortsetzung	183	9 706	1	8 000
Sitzverlegung	12	1 330	1	5 703
Kapitalumstellung	9	8 243	-	-
Sonstige Zugänge	8	511	-	-
Kapitalerhöhung	a)	18 024	-	-
Abgänge	178	20 187	23	14 479
davon				
Liquidations- und Konkurseröffnung	58	2 113	-	-
Fusion und Umwandlung	22	9 203	1	100
Sitzverlegung	35	3 685	-	-
Kapitalumstellung	-	-	9	10 646
Sonstige Abgänge	63	4 717	13	3 641
Kapitalherabsetzung	b)	469	c)	92
Bestand am 31. 12. 1955	929	130 371	10	9 233

a) bei 94 DM-Gesellschaften b) bei 10 DM-Gesellschaften c) bei 1 RM-Gesellschaft

Tab. 3

Stammkapital der Gesellschaften m. b. H. nach Kapitalgrößenklassen am 31. 12. 1955

Kapitalgrößenklassen	DM-Gesellschaften				RM-Gesellschaften			
	Zahl		Stammkapital		Zahl		Stammkapital	
	absolut	%	Mio DM	%	absolut	%	Mio RM	%
- 20 000 DM /RM	439	47	7	6	2	20	0,04	0
20 001 - 50 000 DM /RM	174	19	6	5	2	20	0,09	1
50 001 - 100 000 DM /RM	138	15	12	9	2	20	0,2	2
100 001 - 500 000 DM /RM	132	14	34	26	1	10	0,5	5
500 001 - 1 Mio DM /RM	25	3	20	15	1	10	0,7	8
über 1 Mio DM/RM	21	2	50	39	2	20	8	83
insgesamt	929	100	130	100	10	100	9	100

Das durchschnittliche Kapital der DM-Gesellschaften hat sich im Laufe der letzten drei Jahre von 126 000 DM am 31. 12. 1952 um 11 % auf 140 000 DM am 31. 12. 1955 erhöht. Das ist vor allem auf die Kapitalerhöhungen bei 94 Gesellschaften m. b. H. in Höhe von insgesamt 18 Mio DM zurückzuführen, denen nur unbedeutende Kapitalherabsetzungen bei 11 Gesellschaften gegenüberstehen. Weiter wirkte sich aus, dass - mit Ausnahme einiger Umwandlungen - überwiegend Gesellschaften m. b. H. mit im Durchschnitt geringem Stammkapital abgingen; so betrug z. B. der Kapitaldurchschnitt der in Konkurs bzw. Liquidation gegangenen Unternehmen nur 36 000 DM. Die Zugänge an Gesellschaften m. b. H. hatten dagegen durchschnittlich ein höheres Nominalkapital; allein durch Kapitalumstellungen kamen 9 Gesellschaften mit durchschnittlich 916 000 DM oder durch Gründung, Umwandlung und Fortsetzung 183 Gesellschaften mit durchschnittlich 53 000 DM hinzu.

Das Stammkapital der Gesellschaften m. b. H. im Bundesgebiet betrug im Durchschnitt am Jahresende 1954 234 000

DM, in Schleswig-Holstein lag es um etwa 40 % niedriger.

Von den 918 Gesellschaften m. b. H. mit bereits umgestelltem Stammkapital, die Ende 1955 in Schleswig-Holstein tätig waren, sind fast die Hälfte kleinere Unternehmen mit einem Nominalkapital bis zu 20 000 DM. Sie verfügen nur über rund 6 % des gesamten DM-Stammkapitals. Gesellschaften mit einem Kapitalbestand von mehr als 1 Mio DM sind an der Zahl der Unternehmungen mit 2 %, am gesamten Stammkapital jedoch mit 39 % beteiligt. Im Bundesgebiet entfallen auf diese grossen Gesellschaften m. b. H. sogar 65 % des gesamten Kapitalbestandes, während sie der Zahl nach mit 3 %, wie auch in Schleswig-Holstein, kaum ins Gewicht fallen.

Die Gesellschaften m. b. H. nach Wirtschaftsbereichen

Einen Überblick über die branchenmässige Verteilung der Gesellschaften m. b. H. soll die Tabelle 4 vermitteln.

Tab. 4

Die Gesellschaften m.b.H. nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen am 31. 12. 1955

Wirtschaftsabteilungen, Wirtschaftsgruppen	DM -		RM -	
	Zahl	Stammkapital in Mio DM	Zahl	Stammkapital in Mio RM
Binnen- und Hochseefischerei, Land-, Forst- und Jagdwirtschaft	13	4	-	-
Bergbau, Gewinn. u. Verarbeitg. von Steinen u. Erden, Energiewirtschaft	29	3	-	-
darunter				
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	23	1	-	-
Energiewirtschaft	4	1	-	-
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	121	25	2	0,7
darunter				
Maschinenbau	39	6	-	-
Schiffbau	8	2	-	-
Strassenfahrzeugbau	8	1	-	-
Elektrotechnik	24	7	-	-
Feinmechanik und Optik	12	4	-	-
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	11	2	-	-
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	226	30	3	2
darunter				
Chemische Industrie	37	5	-	-
Holzindustrie	16	0,7	-	-
Papierherstellung und -verarbeitung	23	4	1	0,1
Lederherstellung und -verarbeitung	7	4	1	2
Textil- und Bekleidungsindustrie	50	6	1	0,1
Genussmittelgewerbe	82	10	-	-
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	53	3	-	-
Handel, Geld- und Versicherungswesen	275	31	4	0,6
darunter				
Grosshandel einschl. Ein- und Ausfuhrhandel	172	26	3	0,6
Einzelhandel	47	2	-	-
Geld-, Bank- und Börsenwesen	11	2	-	-
Dienstleistungen	117	25	1	6
darunter				
Wohnungs- und Grundstückswesen	82	21	1	6
Beteiligungsgesellschaften	5	2	-	-
Sonstige Dienstleistungsgesellschaften	26	1	-	-
Verkehrswirtschaft	79	8	-	-
darunter				
Schifffahrt	44	6	-	-
Sonstige Verkehrswirtschaft	34	2	-	-
Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	16	0,8	-	-
insgesamt	929	130	10	9

Tab. 5 Das Kapital der Gesellschaften m.b.H. nach Wirtschaftsabteilungen in Schleswig-Holstein und im Bund

Wirtschaftsabteilungen	DM-Stammkapital in % des Gesamtkapitals		Durchschnittskapital der DM-Gesellschaften in 1 000 DM	
	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet ¹⁾	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet ¹⁾
Binnen- und Hochseefischerei, Land-, Forst- u. Jagdwirtschaft	3,5	0,3	371	181
Bergbau, Gewinn. u. Verarbeitg. von Steinen u. Erden, Energiewirtschaft	2,2	12,1	92	703
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	19,5	23,1	208	394
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	23,9	29,4	131	308
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1,7	1,3	47	79
Handel, Geld- und Versicherungswesen	24,3	15,0	112	110
Dienstleistungen	17,7	13,5	196	231
Verkehrswirtschaft	6,6	4,1	102	219
Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	0,6	1,2	46	81
insgesamt	100	100	137	240

¹⁾ ohne Hessen

434 Gesellschaften m. b. H., das sind rund 46 % aller in Schleswig-Holstein tätigen Gesellschaften dieser Rechtsform, gehören dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe an, sind also in der Hauptsache industrielle Betriebe. Hiervon wiederum entfallen mehr als die Hälfte auf das "Verarbeitende Gewerbe - ohne Eisen- und Metallverarbeitung". Rund 30 % der Gesellschaften m. b. H. gehören der Wirtschaftsabteilung "Handel, Geld- und Versicherungswesen" an, wobei die Gruppe "Grosshandel" mit 175 Unternehmungen dominiert. In der Abteilung "Dienstleistungen" sind die Gesellschaften m. b. H. des Wohnungs- und Grundstückswesens von besonderer Bedeutung.

Die Verhältnisse im Bundesgebiet liegen ähnlich. 45 % der Gesellschaften m. b. H. waren im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe und sogar 33 % im "Handel, Geld- und

Versicherungswesen" tätig. Etwa jede vierte Gesellschaft m. b. H. im Bundesgebiet war ein Grosshandelsunternehmen, während in Schleswig-Holstein knapp jede fünfte Gesellschaft m. b. H. dem Grosshandel angehörte.

Der Anteil des DM-Stammkapitals der Gesellschaften m. b. H. in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen an dem Stammkapital aller Gesellschaften sowie die durchschnittliche Kapitalhöhe sind aus der Tabelle 5 (Seite 72 unten) zu ersehen.

Vergleiche auch: "Die Kapitalgesellschaften im Jahre 1954" in *Wirtschaft und Statistik*, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 7. Jahrgang N.F., Heft 3, März 1955, Seite 141 ff. V.

Die Pflichtkrankenkassen im Jahre 1954¹⁾

Mitgliederbestand

550 000 Mitglieder wurden in den erfassten Kassen im Jahresdurchschnitt 1954 gezählt. Der seit Jahren anhaltende Rückgang hat damit 19 % der Mitgliederzahl von 1950 erreicht. Die Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren ist dagegen in diesen 4 Jahren nur um 11 % zurückgegangen. Die Abnahme im Mitgliederbestand lässt sich also nicht etwa allein mit der allgemeinen Bevölkerungsabnahme in Schleswig-Holstein erklären. Da man andererseits kaum annehmen kann, dass 1954 insgesamt weniger Personen gegen Krankheit versichert waren als 1950, bleibt nur der Schluss, dass die restlichen 8 % (das entspricht etwa 55 000 Menschen) aus den Pflichtkassen abgewandert sind zu Ersatzkassen oder privaten Gesellschaften. Der Vergleich mit der Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist allerdings nicht allein massgebend für die Entwicklung der Mitgliederzahl. Enger wird der in Frage kommende Personenkreis schon durch die Zahl der Arbeitnehmer (beschäftigte und arbeitslose) umrissen. Diese hat sich in der fraglichen Zeit um 8,5 % vermindert, also um noch weniger als die erwerbsfähige Bevölkerung, so dass der Mitgliederschwund von 19 % noch auffälliger wird.

Im Mittel entfielen 1954 auf jede Kasse 10 000 Mitglieder. Auch diese Zahl ist gegenüber 1950 natürlich gesunken, verstärkt noch durch die Neugründung von vier Kassen. Sie hatte 1950 fast 13 400 betragen. Zu den oben genannten Mitgliederzahlen der sogenannten allgemeinen Krankenversicherung kommen noch die automatisch und meist ohne eigene Beiträge versicherten Rentner. Es handelt sich bei ihnen um 309 000 Personen, das sind erheblich (40 %) mehr als 1950. Aus der Statistik der sozialen Rentenversicherung (ohne Knappschaftsversicherung, die in Schleswig-Holstein nur eine sehr geringe Rolle spielt) errechnet sich für dieselbe Zeitspanne sogar eine Zunahme der Rentenfälle um 47 %. Die Differenz zwischen diesen beiden Zuwachsraten

kann damit zusammenhängen, dass in der Krankenversicherung der Rentner ausser den Invaliden- und Angestelltenrentnern auch die der Knappschaftsversicherung und Seekasse sowie vor allem die in der oben genannten Statistik der Rentenversicherung nicht enthaltenen Unfallrentner und gewisse Bezieher von Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenversorgung mitgezählt werden, die in der fraglichen Zeit einen umso geringeren Zuwachs zu verzeichnen gehabt haben mögen.

Die Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung werden nach 3 Gesichtspunkten untergliedert. Genau zwei Drittel von ihnen waren Männer, ein Drittel Frauen; 86 % waren versicherungspflichtig, 14 % versicherungsberechtigt; schliesslich zahlten 76 % den allgemeinen und 24 % einen ermässigten Beitragssatz. Zwischen den beiden letzten Gesichtspunkten besteht ein sachlicher Zusammenhang insofern, als der ermässigte Beitragssatz solchen Mitgliedern eingeräumt wird, denen die Kasse für eine gewisse Zeit (meist 6 Wochen) kein Krankengeld (Tagegeld) zu zahlen braucht, weil der Verdienst für diese Zeit weiterläuft. Diese Mitglieder sind fast ausschliesslich Angestellte, von denen ein erheblich grösserer Teil als unter den Arbeitern die Verdienstgrenze zur Pflichtversicherung überschritten hat und infolgedessen zu den versicherungsberechtigten Mitgliedern gehört. Unter diesen zahlten nur 17 % den allgemeinen, aber 83 % den ermässigten Beitragssatz, während unter den versicherungspflichtigen Mitgliedern 86 % den allgemeinen und nur 14 % den ermässigten Beitragssatz zahlten.

Der Beitragssatz ist ein Prozentsatz des Grundlohnes; der Grundlohn wird für jedes Mitglied nach bestimmten Gesichtspunkten ermittelt und festgesetzt (nach dem Arbeitsverdienst, nach Lohnstufen oder nach Mitgliederklassen). Der allgemeine Beitragssatz beträgt bei den meisten Kassen 6 %, der ermässigte 5,4 % des Grundlohnes, und zwar sowohl für die versicherungspflichtigen als auch für die versicherungsberechtigten Mitglieder. Bei den letzteren ist allerdings die Zahl derer, die einen geringeren Satz (unter 5 %) zu zahlen haben, grösser als bei den versicherungspflichtigen Mitgliedern (siehe Tabelle 1).

Da aus der Statistik die Beitragseinnahmen der Kassen, die Zahl der Mitglieder und der jeweils angewandte Beitragssatz bekannt sind, lässt sich, wenigstens für den Durchschnitt aller Mitglieder (als gewogenes arithmetisches Mittel) auch der Grundlohn berechnen, der Verdienst also,

1) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die "Geschäfts- und Rechnungsergebnisse 1954" der Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen in Schleswig-Holstein. Nicht enthalten sind alle öffentlichen Krankenkassen, die ihren Hauptsitz nicht im Lande haben, das sind die Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, die Seekasse sowie sämtliche Ersatzkassen für Arbeiter und Angestellte. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen gehören überhaupt nicht in den Kreis dieser für das Bundesarbeitsministerium monatlich, vierteljährlich und jährlich berichtspflichtigen Kassen. Die folgenden Zahlen beziehen sich auf 55 Pflichtkrankenkassen, und zwar 22 Orts-, 12 Land-, 16 Betriebs- und 5 Innungskrankenkassen.

Die Mitglieder der Pflichtkrankenkassen
Tab. 1 am 1. 12. 1954 nach dem Beitragssatz

Beitragssatz (BS)	Versicherungspflichtige Mitglieder mit		Versicherungsberechtigte Mitglieder mit	
	allg. BS	ermässigttem BS	allg. BS	ermässigttem BS
bis einschl. 5 %	67	4 066	1 295	26 845
über 5 % bis einschl. 5,75 %	3 603	61 509	11 449	35 633
über 5,75 %	389 742	-		

der für die Beitragszahlung des einzelnen den Ausgangspunkt bildete. Danach betrug der kassentechnische Grundlohn im Mittel aller versicherungspflichtigen Mitglieder im Jahre 1954²⁾, auf den Monat berechnet³⁾, 241 DM. Bei der Wertung dieser Zahl ist zu bedenken, dass sie nur die Pflichtversicherten betrifft. Es ist leider nicht möglich, den durchschnittlichen Grundlohn getrennt für die Arbeiter und Angestellten, oder auch nur getrennt für die Mitglieder mit allgemeinem und ermässigttem Beitragssatz anzugeben, da die Beitragseinnahmen nur in einer Summe zur Verfügung stehen. Die Zahl von 241 DM im Monat darf nicht als das Einkommen eines durchschnittlichen Vollverdieners mit Familie angesehen werden. Man muss bedenken, dass alle jungen Arbeitnehmer, die im Haushalt ihrer Eltern leben, hier mit in den Durchschnitt eingegangen sind, ebenfalls alle halbtags oder sonstwie nicht voll Beschäftigten, soweit sie krankenversicherungspflichtig sind.

Führt man diese Berechnung getrennt nach Kassenarten durch, so ergeben sich beträchtliche Unterschiede. Der durchschnittliche Grundlohn der versicherungspflichtigen Mitglieder betrug bei den

Ortskrankenkassen	245 DM
Landkrankenkassen	187 "
Betriebskrankenkassen	338 "
Innungskrankenkassen	231 "

Dem Fall des Vollarbeiters kommt der Wert bei den Betriebskrankenkassen sicherlich am nächsten. Er liegt um vier Fünftel höher als bei den Landkrankenkassen, bei deren durchschnittlichem Grundlohn sich vor allem das niedrige Niveau der in der Landwirtschaft gezahlten Löhne auswirkt, sodann aber auch der dort sicher relativ hohe Anteil junger, lediger Arbeitnehmer mit geringem Lohn. Hinsichtlich des allgemein niedrigen landwirtschaftlichen Lohnniveaus muss auch bedacht werden, dass dort für die Mehrzahl der Arbeitnehmer, nämlich alle in Hausgemeinschaft lebenden Kräfte, beträchtliche Teile des Einkommens, nämlich die sonst für Unterkunft und Verpflegung notwendigen Aufwendungen, in Form von Sachleistungen gewährt werden. Diese, eigentlich Teile des Einkommens darstellenden Bezüge werden bei der Festlegung des Grundlohnes durch die Kassen zwar in Form von Geld mitbewertet, aber zu amtlichen, auch steuerlich und für die übrigen Zweige der Sozialversicherung geltenden Sätzen, die unter dem wahren Wert der Sachleistungen nach heutiger Kaufkraft liegen⁴⁾.

Leistungsfälle

Im Laufe des Jahres 1954 sind von 100 Mitgliedern 41 einmal arbeitsunfähig krank gewesen. Genau genommen gilt

diese Beziehung nicht für die Personen, sondern muss lauten: je 100 Mitglieder sind 41 Fälle von Arbeitsunfähigkeit vorgekommen, wobei vielleicht 70 von 100 Mitgliedern gar nicht krank waren, von den restlichen 30 jedoch 9 zweimal und eines sogar dreimal. Auf wieviel Personen und in welcher Häufigkeit sich die Arbeitsunfähigkeitsfälle verteilen, wird nicht festgestellt. Wenn auch die Aussagekraft dieser Beziehungszahl, für sich genommen, etwas abstrakt bleibt, so gewinnt sie doch Leben, wenn man die verschiedenen Versichertengruppen vergleicht; so betrug die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder der betreffenden Gruppe

	zusammen	Männer	Frauen
alle Versicherten	40,6	39,2	43,3
Versicherungspflichtige	45,1	43,2	49,0
Versicherungsberechtigte	12,1	12,3	11,9
Ortskrankenkassen	40,6	38,2	45,3
Landkrankenkassen	34,6	36,3	31,9
Betriebskrankenkassen	55,8	57,0	48,2
Innungskrankenkassen	43,3	42,1	47,5

Der auffallendste Unterschied – durch den sehr niedrigen Wert für die Versicherungsberechtigten verursacht – darf allerdings nicht missdeutet werden; er bedeutet nicht, dass die versicherungspflichtigen Mitglieder fast viermal so häufig krank wurden wie die versicherungsberechtigten. Vielmehr zeigt sich hier eine methodische Lücke des Verfahrens. Die Kassen können ja nur die Fälle zählen, die ihnen bekannt werden. Die Masse der Versicherungspflichtigen hat nun ein Interesse an dieser Bekanntgabe, weil sie von ihrer Kasse Krankengeld erwarten und beanspruchen. Wie anfangs dargelegt, ist dagegen unter den Versicherungsberechtigten der grösste Teil mit ermässigttem Beitragssatz versichert, was bedeutet, dass diese Mitglieder im Krankheitsfalle zunächst kein Krankengeld von der Kasse erhalten. Folglich melden sie in zahlreichen Fällen die Erkrankung überhaupt nicht der Kasse, und diese bleibt unwissend, sofern sie nicht auf dem Wege über den Arbeitgeber (z. B. im öffentlichen Dienst) Kenntnis erhält. Eine überschlägige Rechnung unter der Voraussetzung, dass die Erkrankungshäufigkeit bei den Versicherungsberechtigten etwa 70 % von der bei den Versicherungspflichtigen beträgt (das erscheint angesichts der stärkeren Gefährdung durch Witterung und Betriebsunfälle angemessen) ergibt die Vermutung, dass bei den Versicherungsberechtigten den Kassen nur etwa ein Drittel aller Erkrankungen bekannt werden, zwei Drittel dagegen verborgen bleiben.

Die im Gesamtdurchschnitt höhere Erkrankungshäufigkeit bei den Frauen ist durch die Versicherungspflichtigen bedingt und, wie die Trennung nach Kassenarten zeigt, nur bei den Orts- und Innungskrankenkassen festzustellen. Bei den Land- und vor allem Betriebskrankenkassen dagegen ist die Erkrankungshäufigkeit bei den Männern weit höher. Hier dürfte sich die bei Männern in Industrie und Landwirtschaft grössere Unfallgefahr auswirken.

Die Erkrankungsdauer (Arbeitsunfähigkeitstage – ohne Wartetage – je Arbeitsunfähigkeitsfall) betrug im Gesamtdurchschnitt rund 21 Tage. Berechnet man auch diesen Wert für die obigen Versichertengruppen getrennt, so zeigen sich wenig Unterschiede, von einem charakteristischen abgesehen.

2) Mittel aus II. und IV. Quartal 1954

3) vom kalendertäglichen Wert ausgehend, mit 30,5 multipliziert

4) Die freie Station wird monatlich für Arbeiter mit 63 DM, für Arbeiterinnen und Lehrlinge mit 54 DM bewertet. Diese Summen gelten zu 20 % für Unterkunft (Wohnung 15 %, Heizung und Beleuchtung 5 %) und zu 80 % für Nahrung.

Die Erkrankungsdauer betrug bei

	zusammen	Männer	Frauen
	- Tage -		
allen Versicherten	20,9	20,9	20,9
Versicherungspflichtigen	20,7	20,6	20,7
Versicherungsberechtigten	25,9	26,6	24,6
Ortskrankenkassen	21,1	21,2	21,1
Landkrankenkassen	19,5	19,5	19,5
Betriebskrankenkassen	20,8	20,7	21,5
Innungskrankenkassen	19,8	19,8	20,0

Die einzige grössere Abweichung vom allgemeinen Niveau findet sich wieder bei den Versicherungsberechtigten. Sie folgt aus dem oben beschriebenen Umstand und erklärt sich daher, dass ein grosser Teil der Erkrankungsfälle den Kassen erst dann zur Kenntnis kommen, wenn sie 6 Wochen übersteigen – so lange läuft bei den meisten Angestellten das Gehalt weiter – und zur Inanspruchnahme von Krankengeld führen.

Von den rund 21 Tagen Arbeitsunfähigkeit wurden durchschnittlich 5 Tage im Krankenhaus verbracht. Fast für alle übrigen Tage wurde Krankengeld bezogen (die Wartetage sind nicht mitgezählt).

Die drei bisher besprochenen Daten haben sich in den letzten Jahren recht stetig verändert, wie die folgende Übersicht für den Gesamtdurchschnitt aller Mitglieder der Pflichtkrankenkassen zeigt:

	1950	1951	1952	1953	1954
Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder	31	33	33	37	41
tage je Fall	25	24	23	22	21
Krankenhaustage je Fall	6,4	6,1	5,5	5,0	4,9

Die ständige Zunahme der Erkrankungsfälle seit 1950 wird zwar etwas ausgeglichen durch die abnehmende Dauer des einzelnen Falles, doch ergeben sich für die Kassen insgesamt steigende Belastungen, da die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage je Mitglied (Produkt aus Zeile 1 und 2 der obigen

gen Übersicht) gleichfalls gestiegen ist.

Als eine weitere Hauptleistung der Kassen, die der fallmässigen Betrachtung zugänglich ist, soll noch die Wochenhilfe erwähnt werden. Je 100 Mitglieder wurde 1954 in fast 4 Fällen Wochenhilfe geleistet, und zwar einschliesslich der Fälle von Familienangehörigen.

Im Mittel aller Wochenhilfsfälle gewährten die Kassen je Fall 75 Tage Wochengeld bzw. Aufenthalt in einem Wöchnerinnenheim, das sind fast 11 Wochen oder zweieinhalb Monate. Stillgeld wurde im Durchschnitt für 112 Tage (= 16 Wochen oder knapp 4 Monate) gezahlt.

In der Krankenversicherung der Rentner werden, der Natur des Rentnerdaseins entsprechend, nicht die Arbeitsunfähigkeitsfälle gezählt, sondern die Anstaltsfälle und -tage. Unter 100 versicherten Rentnern sind fast 10 im Laufe des Jahres 1954 einmal in ein Krankenhaus oder in eine andere Anstalt eingewiesen worden, und jeder Fall dauerte durchschnittlich 26 Tage. Damit ist die Dauer des Krankenhausaufenthaltes, wie zu erwarten, erheblich länger als in der allgemeinen Krankenversicherung, ja selbst noch länger als die gesamte Erkrankungsdauer dort. In der Krankenversicherung der Rentner ereigneten sich 1954 je 100 Versicherte 3,7 Todesfälle, die die Zahlung des Sterbegeldes auslösten. In der allgemeinen Krankenversicherung waren dagegen diese Sterbegeldfälle mit 0,3 je 100 Mitglieder sehr gering.

Vermögensrechnung

Von der Vermögensrechnung interessieren hier vorwiegend die Einnahmen und Ausgaben (genau: erfolgswirksame Reineinnahmen und -ausgaben), die das finanzielle Leben der Kassen darstellen, und weniger die Mittel und Verpflichtungen, die mehr über den finanziellen Status aussagen.

In der Gesamtbilanz reicht der positive Saldo in der allgemeinen Krankenversicherung nicht aus, um den Fehlbetrag in der Renterversicherung wettzumachen, so dass sich für 1954 insgesamt eine Abnahme des Vermögens um 1,6 Mio DM ergibt. Im Jahre 1953 allerdings hatte das Vermögen ein wenig zugenommen und 1952 und 1951 sogar um grössere

Tab. 2

Die Einnahmen und Ausgaben aller Pflichtkrankenkassen im Jahre 1954

	Allg. KV		KV der Rentner		Je Mitglied in der allgemeinen Krankenversicherung in DM
	in Mio DM		in Mio DM		
Einnahmen					
Beiträge	89,8		22,1		163,39
sonstige Einnahmen	1,2		0		2,11
insgesamt		91,0		22,2	165,51
Ausgaben					
ärztliche Behandlung	26,3		6,5		47,86
Arznei, Heilmittel, Zahnersatz	13,3		7,7		24,24
Krankenhauspflege und Kuren	18,5		8,1		33,59
Krankengeld	14,5		0		26,44
sonst. Aufwendungen zur Krankenpflege	1,8		0		3,26
Wochenhilfe	5,9		0		10,80
Sterbegeld	0,7		1,8		1,30
Verwaltungskosten	6,5		1,4		11,77
sonstige Ausgaben	1,7		0		3,15
insgesamt		89,3		25,5	162,41
Saldo		+ 1,7		- 3,3	x

re Beträge, so dass seit 1950 von einer stetig sich ungünstiger gestaltenden Vermögenslage der Krankenkassen gesprochen werden kann, die vor allem auf die ständig negative Bilanz in der Rentner-Krankenversicherung zurückzuführen ist. Die Verwaltungskosten, die sowohl die persönlichen wie auch die sächlichen Ausgaben umfassen, betragen mit insgesamt 7,9 Mio DM in beiden Versicherungszweigen nur 6,9 % der Gesamtausgaben.

Unter den Ausgabeposten (die in Tabelle 2 stark zusammengefasst wurden) nimmt in der allgemeinen Krankenversicherung die ärztliche Behandlung (einschliesslich Zahnbehandlung und vertrauensärztlicher Tätigkeit) den grössten Betrag in Anspruch (29 %), in der Krankenversicherung der Rentner sind es die Krankenhaus- und Kurkosten, die mit 32 % an erster Stelle stehen. Vor der ärztlichen Behandlung (25 %) erscheinen hier noch die Ausgaben für Arzneien mit 30 % an zweiter Stelle. Die in der allgemeinen Krankenversicherung andere Reihenfolge dieser drei Hauptausgabe-

posten deutet auf eine charakteristische Verschiedenheit zwischen den beiden Versicherungszweigen. Das Krankengeld spielt nur in der allgemeinen Krankenversicherung eine grosse Rolle (16 % aller Ausgaben), ähnliches gilt für die Wochenhilfe. Sterbegeld wiederum bedeutet in der Krankenversicherung der Rentner die grössere Belastung; es beträgt dort 7 %, in der allgemeinen Krankenversicherung dagegen weniger als 1 % aller Ausgaben.

In der letzten Spalte der Tabelle 2 sind die Einnahmen und Ausgaben für die allgemeine Krankenversicherung je Mitglied berechnet. Diese Zahlen geben ein anschauliches Bild von der Ausgabenstruktur und -höhe der Krankenkassen für ihre arbeitenden Mitglieder.

Vergleiche auch: "Die soziale Krankenversicherung im Jahre 1952" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jahrgang, Heft 1, Januar 1954, Seite 15 ff.

A. Heinemann

Die öffentliche Jugendhilfe in den Rechnungsjahren 1953 und 1954¹⁾

Fürsorgeerziehung

In den letzten Jahren ist ein langsamer Rückgang in der Zahl der Minderjährigen zu verzeichnen, die in Fürsorgeerziehung (FE) standen. Es waren am 31. März

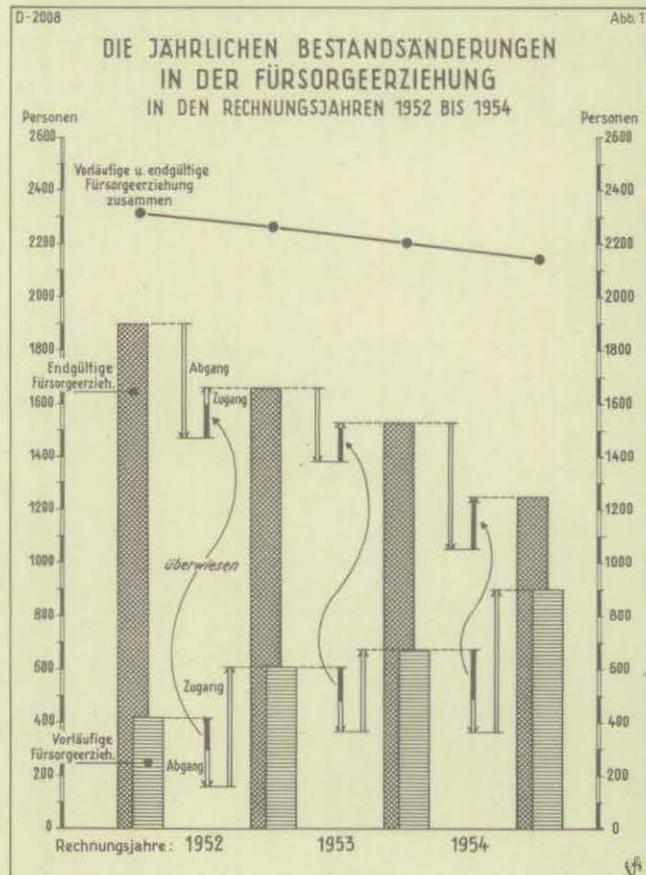
	1952	1953	1954	1955
in vorläufiger FE	417	604	673	897
in endgültiger FE	1 896	1 658	1 529	1 244
zusammen	2 313	2 262	2 202	2 141.

Ausser dem Rückgang der Gesamtzahl fällt die Verschiebung von endgültiger zu vorläufiger FE auf. In neuerer Zeit wird von der Möglichkeit der vorläufigen Überweisung in FE in steigendem Masse Gebrauch gemacht, so dass am 31. 3. 1955 auf einen Minderjährigen in vorläufiger FE nur noch etwa 1,4 Minderjährige in endgültiger FE kommen, während das Verhältnis 4 Jahre zuvor noch 1 : 4,5 betragen hatte. Der Anteil der Mädchen ist mit rund 37 % oder einem reichlichen Drittel fast gleich geblieben.

Die Bestandsänderung geht nun nicht in der Form einer einseitigen Zu- bzw. Abnahme vor sich; vielmehr besteht in beiden Zweigen der Fürsorgeerziehung eine gewisse Fluktuation, ein Zu- und Abgehen von Minderjährigen aus verschiedenen Gründen. Die Abbildung 1 vermittelt ein Bild von diesen Vorgängen. Der Umfang der Bewegungen ist bei der vorläufigen FE trotz der dort kleineren Bestandszahlen etwas grösser als bei der endgültigen FE. Dies entspricht durchaus dem unterschiedlichen Charakter dieser beiden Einrichtungen, der schon in ihrer jeweiligen Bezeichnung zum Ausdruck kommt. Aus dem Verhältnis von Bestandszahl zur Summe der Abgänge lässt sich die durchschnittliche Verweildauer abschätzen; sie betrug etwa 2 Jahre in der vorläufigen und etwa 4 Jahre in der endgültigen FE. Diese Werte weichen in den letzten 3 Jahren voneinander ab, ohne dass sich jedoch eine klare Entwicklungstendenz erkennen liesse.

Neben dem eigentlichen Ab- und Zugang spielen Überweisungen von der vorläufigen in die endgültige FE eine nen-

nenswerte Rolle, wie auch aus der Abbildung 1 ersichtlich ist. Unter den Zugängen in die endgültige FE stellen sie das grösste Kontingent (im Rj. 1953: 84 %; Rj. 1954: 97 %). Unter den Zugängen in vorläufige FE haben die Überweisungen zur Prüfung der Erfolgsaussicht (gemäss § 67, Satz 2 RJWG) in letzter Zeit den grössten Anteil (Rj. 1953: 59 %; Rj. 1954: 88 %). Im Rechnungsjahr 1952 erfolgten die meisten Überweisungen in vorläufige FE (79 %) noch wegen "Gefahr im Verzug" (§ 67, Satz 1, RJWG). Unter den Abgängen aus der vorläufigen FE sind wieder die Überweisungen in endgültige FE am zahlreichsten, doch erreichen auch die



1) vergleiche auch "Fürsorgeerziehung und öffentliche Jugendhilfe im Rechnungsjahr 1952", Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 5. Jg., Heft 10/11, Seite 381 ff

Fälle von Aufhebung der vorläufigen FE beachtliche Anteile (Rj. 1953: 44 %; Rj. 1954: 35 %). Aus der endgültigen FE werden die meisten Minderjährigen "endgültig entlassen" (Rj. 1953: 94 %; Rj. 1954: 95 %), die Entlassungen auf Widerruf und mangels Erfolgsaussicht treten demgegenüber erfreulicherweise ganz zurück.

Fast alle Minderjährigen in FE sind "untergebracht", und zwar von 100 Zöglingen

	Rj. 1953	Rj. 1954
in Erziehungsheimen	44	41
in Familienpflege	29	27
in Arbeits- und Lehrstellen	25	28

Der kleine Rest – abgesehen von den 32 bzw. 37 "nicht Untergebrachten"²⁾ – befand sich in Heil- und Pflegeanstalten sowie sonstigen Anstalten, war anderweitig untergebracht oder noch ohne Heimplätze.

Die Kosten für die Unterbringung beliefen sich im Rechnungsjahr 1954 auf 2,1 Mio DM. Sie lagen damit trotz geringerer Zahl der untergebrachten Minderjährigen höher als im Jahr zuvor. Im einzelnen teilen sich die Kosten auf wie folgt:

	Rj. 1953	Rj. 1954
– 1000 DM –		
Kosten für die Unterbringung in		
Erziehungsheimen	1 837	1 888
Familienpflege	86	102
Arbeits- und Lehrstellen	26	15
sonstigen Anstalten	20	15
zusammen	1 969	2 021
Sonstige Kosten	120	110
Gesamtkosten	2 089	2 131
Gesamteinnahmen	347	399
Reine Kosten	1 742	1 732

Jugendhilfe

In der amtlichen Statistik über die Jugendhilfe werden die im folgenden aufgeführten Massnahmen und Tatbestände zahlenmässig festgestellt, die alle nebeneinander ihre eigene Bedeutung haben und wegen ihrer Verschiedenartigkeit nicht irgendwie addiert werden können. Sie stellen einzelne, meist gesetzlich fundierte Aspekte der Jugendarbeit dar, und ihre Fallzahlen beziehen sich auch oft auf dieselben Personen, so dass hierdurch "Mehrfachzählungen" gegeben sind. Einen kurzgefassten Gesamtüberblick über die Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe zu geben, ist also nicht möglich. Diese Leistungen bestehen vielmehr jede für sich, wenn sie auch so aufeinander abgestimmt sind, dass sie sich in ihren praktischen sozialen Auswirkungen im Sinne der Jugendwohlfahrt ergänzen.

Unter Amtsvormundschaft standen am 31. 3. 1955 rund 29 100 Minderjährige; ihre Zahl hat sich damit in den letzten Jahren ständig vermindert (31. 3. 1951: 32 900). Diesem Rückgang der Amtsvormundschaften um 11,5 % steht allerdings bei der Bevölkerung von 0 – 21 Jahren ein Rückgang von etwa 13 % in derselben Zeit gegenüber, so dass

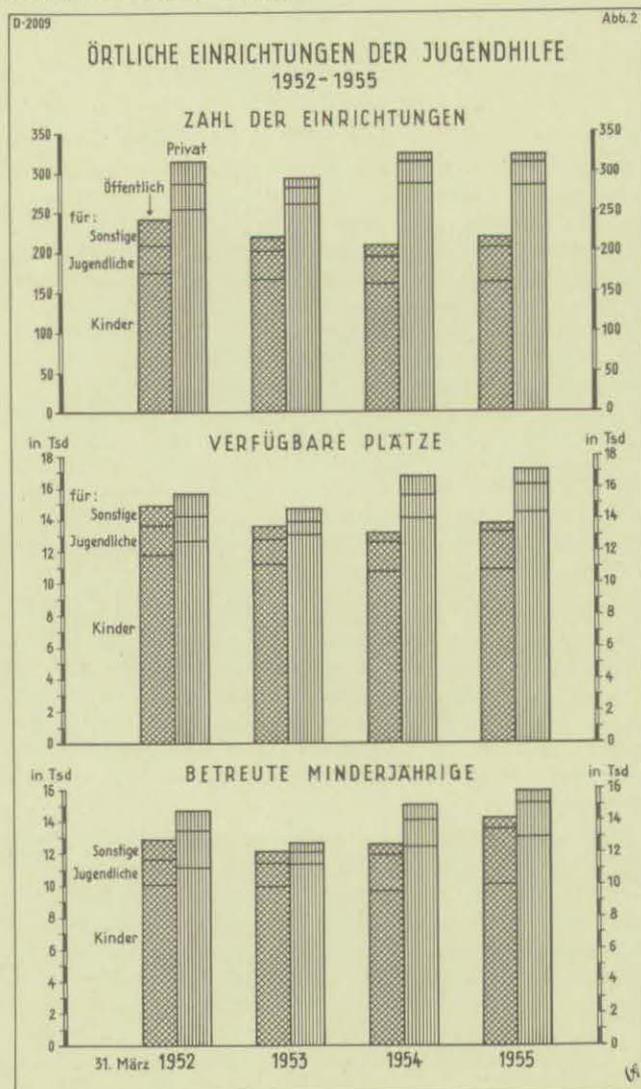
2) Minderjährige, die formal der FE überwiesen sind, ihr aber praktisch noch nicht zugeführt werden konnten, weil z. B. ihr Aufenthaltsort unbekannt ist oder noch keine Heim- oder Familienstelle für sie gefunden werden konnte. Es handelt sich bei ihnen also um einen kurzfristigen Überhang am Jahresende.

die Zahl der Amtsvormundschaften je 1000 Minderjährige in diesen 4 Jahren sogar von 36,7 auf 37,4 leicht angewachsen ist.

92,7 % aller Amtsvormundschaften waren am 31. 3. 1955 gesetzliche, der kleine Rest bestellte. Die häufigste Ursache für den Zugang ist die uneheliche Geburt (79 % aller Zugänge), die eine gesetzliche Amtsvormundschaft auslöst; daneben tritt die Bestellung auf Grund aller übrigen Voraussetzungen (§ 41 RJWG) ganz in den Hintergrund. Unter den Gründen für den Abgang ist die Überleitung in Einzelvormundschaft (33 % aller Abgänge) der häufigste, dann die Legitimation und Ehelichkeitserklärung des Kindes (21 %); schliesslich sind noch Volljährigkeit (6 %) und Adoption (4 %) zu nennen. Der Rest ging im Rechnungsjahr 1954 durch Tod und aus sonstigen Gründen aus der Amtsvormundschaft ab oder wurde lediglich an andere Jugendämter überwiesen (26 %). Ausser den bisher behandelten Minderjährigen standen am 31. 3. 1955 weitere 31 000 unter Einzelvormundschaft.

Unter Amtspflege- und Amtsbeistandschaft standen am 31. 3. 1955 rund 3 400 Minderjährige, die weit aus meisten von ihnen in Form der Unterhaltspflegschaft (48 %) und der Sorgerechtpflegschaft (37 %).

Im Rahmen der Pflegeaufsicht wurden über 32 000 Kinder gezählt, von denen reichlich zwei Drittel bei der Mutter leben und unter Aufsicht stehen. Weitere 4 200 Kinder waren von der Aufsicht befreit, fast neun Zehntel von ihnen lebten bei ihrer Mutter.



Der schärferen Massnahme, der Schutzaufsicht, unterlagen am Ende des Rechnungsjahres 1954 fast 2 000 Minderjährige. In zwei Drittel der Fälle war die Schutzaufsicht gerichtlich angeordnet. Weitere 8 900 Minderjährige wurden "formlos betreut", darunter 3 200 im Anschluss an ein Jugendgerichtsverfahren.

Für 545 Minderjährige haben die schleswig-holsteinischen Jugendämter im Rechnungsjahr 1954 die Fürsorgeerziehung beantragt, in über 4 500 Fällen haben sie Jugendgerichtshilfe geleistet. Diese betraf in 82 % Jungen.

In andere Aufgabenbereiche der Jugendämter führen uns die Vaterschaftsfeststellungen, die in fast 4 500 Fällen herbeigeführt bzw. sonstwie erledigt wurden, und die 230 Adoptionen, bei denen die Jugendämter mitgewirkt haben. Am 31. 3. 1955 waren immerhin noch 285 Kinder zur Adoption vorgemerkt und noch nicht untergebracht, andererseits aber auch 82 Adoptionswünsche bekannt, die noch nicht erfüllt werden konnten.

Zur Jugendhilfestatistik gehört auch die Registrierung der Einrichtungen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe, der in ihnen verfügbaren Plätze und der Zahl der betreuten Minderjährigen. Die Abbildung 2 stellt diese Aufgaben für die letzten 4 Jahre getrennt nach privaten und öffentlichen Einrichtungen dar. Eine vollständige Aufgliederung der einzelnen Heimarten zeigt für den 31. 3. 1955 in der Summe der öffentlichen und privaten Einrichtungen

folgende Zahlen:

	Anzahl	Durchschnittliche Zahl der Plätze je Einrichtung
Säuglingsheime	12	34
Mütterheime	7	20
Kinderheime	57	61
Kindererholungsheime	144	56
Kinderkrippen	2	23
Kindergärten	178	58
Kinderhorte und -tagesstätten	44	64
Jugendwohnheime	23	54
Lehrlingsheime	15	53
Tages- und Abendheime für Jugendliche	34	62
sonstige Einrichtungen	23	66

Die durchschnittliche Anzahl der verfügbaren Plätze je Einrichtung gibt eine ungefähre Vorstellung von der Grösse und Art der einzelnen Heimgruppen.

Vergleiche auch: "Fürsorgeerziehung und Jugendhilfe im Rechnungsjahr 1954" in *Wirtschaft und Statistik*, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 7. Jahrgang N. F., Heft 12, Dezember 1955, Seite 621 ff.

A. Heinemann

Der Güterumschlag in den Häfen im Jahre 1953

Schleswig-Holstein, das Land zwischen zwei Meeren, besitzt nicht nur eine lange Küstenlinie, sondern es wird auch noch von einigen Wasserstrassen durchschnitten. Nord-Ostsee-Kanal, Eider und Elbe-Trave-Kanal rücken auch die inneren Teile des Landes in die Nähe schiffbarer Gewässer. Damit liegen alle Orte im Nahverkehrsbereich der Schifffahrtswege, an denen sich eine Fülle von Häfen, Lösch- und Ladeplätzen entwickelt hat. Die grösseren Häfen mit ihren internationalen Beziehungen waren freilich auf die Gunst der Natur angewiesen. Sie entstanden deshalb an den Förden der Ostküste. Aber auch die hafenfeindliche Westküste besitzt eine Reihe von kleineren Häfen mit örtlicher Bedeutung. Die Nebenflüsse der Unterelbe und der Nord-Ostsee-Kanal bieten dagegen auch grösseren Schiffen Zugang und schliessen ihre Häfen damit an den Verkehr über See an.

Die Möglichkeit, innerhalb des Landes Güter auf dem Wasserwege auch über kurze Entfernungen befördern zu können, wird rege genutzt. Freilich eignen sich nicht alle Güter für den Schiffstransport. Wegen der Gunst der Verbindungen wird aber doch stärker als in andern Ländern von ihm Gebrauch gemacht. Der Umschlag der Häfen spiegelt also, wenn auch in einer etwas einseitigen Weise, die Wirtschaft ihres Hinterlandes wider.

Wenn in diesem Aufsatz die Leistungen der Häfen dargestellt werden sollen, so muss sich diese Schilderung auf den Güterumschlag beschränken. Damit wird man bei vielen Häfen ihrer Bedeutung nicht voll gerecht. Von den Häfen als Fischereihäfen wird hier nicht die Rede sein. Auch der Personenverkehr wird nicht berücksichtigt, obwohl er z. B. in Grossenbrode das Bild der Hafenleistung bestimmt. Auch Häfen, die in erster Linie Schutzhäfen sind, wie z. B. Helgoland, werden in dieser Darstellung ein geringeres Gewicht bekommen, als es ihrer Bedeutung entspricht. Für die mei-

sten Häfen steht aber der Umschlag von Gütern im Vordergrund, so dass damit ihre Leistung im wesentlichen beschrieben wird.

Die Darstellung gründet sich sowohl auf Ergebnisse der Binnen- als auch der Seeschifffahrtsstatistik¹⁾. Es wird aber nicht nach diesen beiden Erhebungen unterschieden, da die Unterschiede zwischen ihnen mehr methodischer Natur sind. Für die Umschlagsleistung des Hafens ist der Weg, den das Schiff auf seiner Reise nimmt, uninteressant. Danach entscheidet es sich aber, ob die Anschreibung in der einen oder anderen Statistik erfolgt. Da die Hafenstatistik anders aufbereitet wird als die Bezirksstatistik, ergeben sich geringe Differenzen gegenüber den früher veröffentlichten Ergebnissen²⁾.

Von dem gesamten Umschlag der schleswig-holsteinischen Häfen entfallen fast neun Zehntel auf die 10 grössten Häfen (Tabelle 1). Die Gesamtzahl der Häfen kann wegen der grossen Zahl nur gelegentlich benutzter Lösch- und Ladeplätze nicht angegeben werden. Weit an der Spitze mit einem Drittel des gesamten Umschlages liegt Lübeck. Am Verkehr mit dem Ausland ist es in noch stärkerer Masse beteiligt. Vom Auslandsversand laufen 80 % über Lübeck. Daneben sind nur noch Flensburg und Grossenbrode zu nennen. Vom Empfang erhält Lübeck etwa die Hälfte. Kiel, Ostermoor und Flensburg haben ebenfalls grösseren Auslandsumschlag, aber auch Brunsbüttelkoog, Rendsburg, Grossenbrode, Glückstadt und Uetersen müssen erwähnt

1) *Statistik der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 113 "Die Binnenschifffahrt im Jahre 1953" und Bd. 121 "Die Seeschifffahrt im Jahre 1953"

2) "Die Binnenschifffahrt im Jahre 1952 und 1953", *Statistische Monatshefte*, 7. Jg., Heft 4, April 1955, S. 136 ff. und "Die Seeschifffahrt in den Jahren 1952 und 1953", *Statistische Monatshefte*, 7. Jg., Heft 10, Oktober 1955, S. 342 ff.

Gesamtumschlag der Häfen 1952 und 1953
- in 1 000 t -

Häfen	Umschlag	
	1952	1953
Lübeck	2 485	2 169
Göttin, Güster, Lanze, Siebeneichen	653	952
Kiel	497	596
Itzehoe	.	377
Flensburg	316	308
Lägerdorf	.	276
Ostermoor	144	208
Rendsburg	167	203
Glückstadt	59	135
Brunsbüttelkoog	183	119
Uetersen	98	77
Grossenbrode	33	76
Elmshorn	63	52
Schulau und Wedel	38	48
Neustadt / Holst.	31	48
Husum	49	46
Heiligenhafen	18	37
Kappeln	32	34
Burgstaaken	34	33
Wyk a. Föhr	31	32
Wilster	26	25
Hörnum	0	23
Mölln	16	17
Schleswig	15	17
Lauenburg	.	17
Eckernförde	8	14
Helgoland	5	13
Geesthacht	10	13
Dagebüll	8	12
Friedrichstadt	13	10

werden. Die übrigen Häfen tauschen ihre Güter fast ausschliesslich mit anderen Häfen des Bundesgebietes aus.

Wegen der Bedeutung als grösster Ostseehafen des Bundesgebietes sind Lübecks Verkehrsbeziehungen weit verzweigt. Das zeigt sich auch in der Mannigfaltigkeit der beförderten Güter. 1953 wurden umgeschlagen

	im Versand	im Empfang
	- in 1 000 t -	
insgesamt	710	1 459
darunter		
Kohlen	323	619
Erze	4	280
Steine und Erden	16	127
Eisen und Stahl	119	4
Salz	99	19
Holz und Holzwaren	1	104
Getreide	35	47
Kalk und Zement	29	35
lebende Tiere	-	47
Papierholz, Zellstoff	0	33
Mineralöle	3	26

Gegenüber 1952 ist der Versand etwas zurückgegangen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Lieferungen von Roh-

eisen weniger geworden sind. Stärker, nämlich um 17 %, fiel der Umschlag ankommender Güter. Dies war besonders auf geringere Erz- und Holzliefereien zurückzuführen. Aber auch die Getreidetransporte gingen zurück.

Die im Jahre 1953 versandten Kohlen - überwiegend Steinkohlenkoks - gingen nach Schweden und Dänemark. Roh-eisen wurde in erster Linie in das Bundesgebiet geliefert. Dann kamen als Abnehmer Schweden, Dänemark und die Sowjetzone. Von der Salzausfuhr erhielt Schweden etwa zwei Drittel, Dänemark ein Viertel. Der Hauptabnehmer für Getreide war Berlin, das auch grössere Zementlieferungen erhielt. Daneben wurden noch 9 000 t Zement nach Französisch-Marokko geliefert.

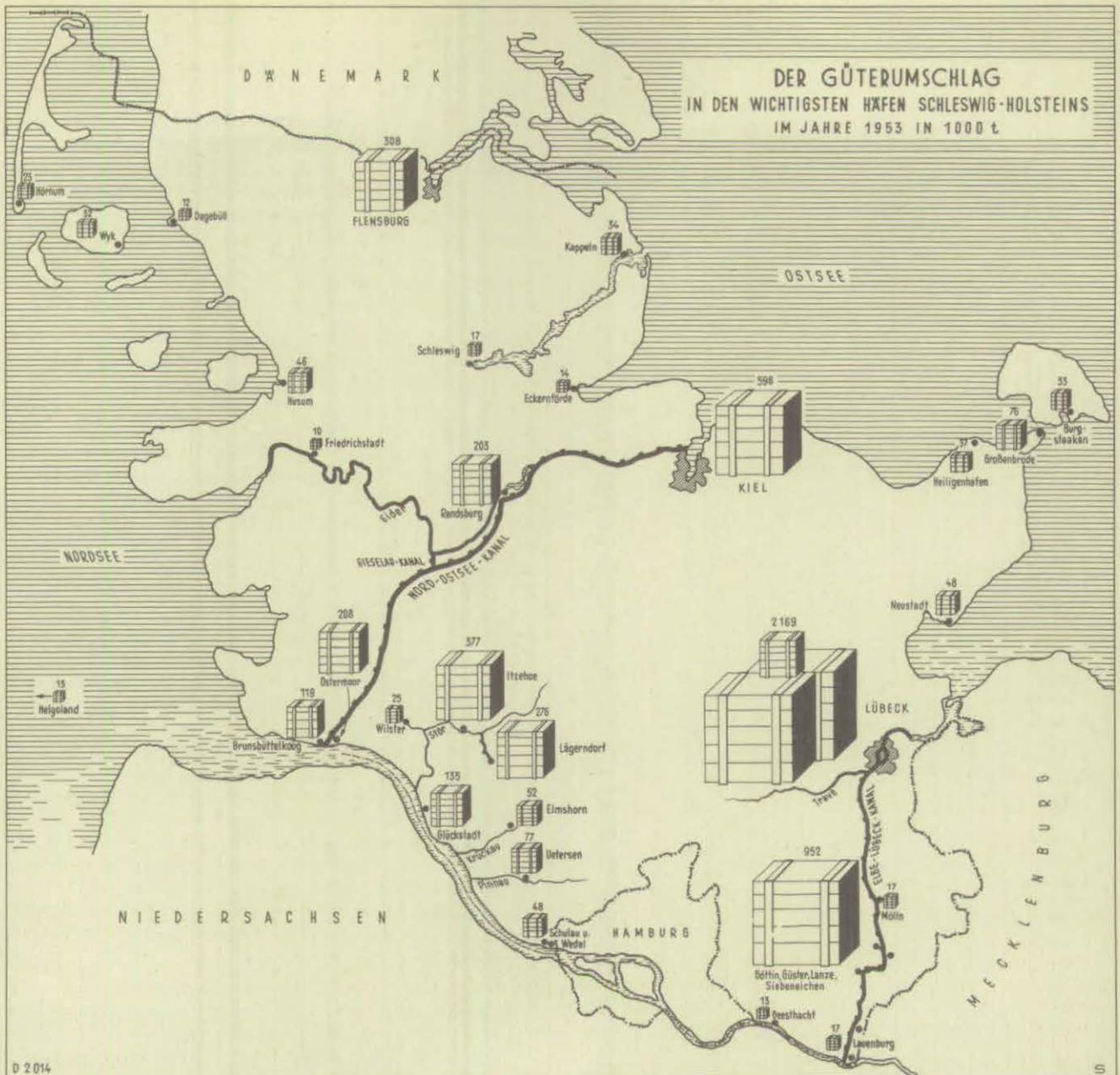
Von den angelieferten Kohlen kam etwa ein Drittel aus dem Ruhrgebiet und ungefähr die gleiche Menge aus England. Aus den USA wurden über 100 000 t verschifft. Der Rest war oberschlesische und in Hamburg umgeschlagene Kohle. Die Erztransporte bestanden zu über der Hälfte aus Eisenerzen, die fast ausschliesslich aus Schweden kamen. Von rund 100 000 t kupferhaltiger Abbrände versandte Frankreich über die Hälfte. Der Rest stammte aus Skandinavien und von der Pyrenäenhalbinsel. Auch die Einfuhr an Steinen kam zum grössten Teil aus dem Ausland. Es waren Kalksteine und Blocksteine aus Schweden und Steinsplitt aus Dänemark. Ausserdem wurde Kies und Sand von den Kanalstationen des Elbe-Trave-Kanals herangeführt. Der Holzumschlag bestand zu drei Vierteln aus Schnittholz. Hauptlieferanten waren Schweden und Finnland. Aus diesen Ländern kam auch das Papierholz und der Zellstoff. Die Getreidesendungen wurden teils aus dem übrigen Schleswig-Holstein, teils aus Hamburg verschickt. Beachtlich waren auch die Viehanlandungen für den Seegrenzschlachthof. 57 000 Rinder mit einem Gewicht von 30 000 t wurden von Dänemark geliefert, das auch 18 000 Schweine verschiffte. Etwa die gleiche Zahl kam aus Schweden. Hauptlieferant für Schweine war aber mit fast 110 000 Stück Polen. Die in der Gruppe "Kalk und Zement" aufgeführten Anlandungen bestehen fast ausschliesslich aus Mörtel, der von den Häfen des Elbe-Trave-Kanals verschickt wird. Unter den Mineralölen sind vorwiegend Benzin und Dieselöl zu verstehen, die aus Hamburg kommen.

Die Hafengruppe Göttin, Güster, Lanze, Siebeneichen am Elbe-Trave-Kanal versendet nur Kies und Sand. Abnehmer ist fast ausschliesslich Hamburg. Gegenüber 1952 ist die umgeschlagene Menge um rund die Hälfte angewachsen.

Kiels Umschlag ist gegenüber dem Vorjahr um rund 100 000 t gewachsen. Hierbei weitete sich lediglich der Empfang aus, und zwar um etwa ein Viertel. Dies war eine Folge grösserer Lieferungen von Kohle und von Eisen und Stahl. 1953 wurden umgeschlagen

	im Versand	im Empfang
	- in 1 000 t -	
insgesamt	78	518
darunter		
Kohlen	1	373
Getreide	20	29
Schrott	41	0
lebende Tiere	-	36
Mineralöle	1	24
Steine und Erden	3	17
Eisen und Stahl	1	15

Der Versand ins Ausland ist nur gering. Schrott wird ins Ruhrgebiet und zu einem Teil nach Hamburg geliefert. Dorthin geht auch ein Teil der Getreidesendungen. Von den Ankünften kamen dagegen neun Zehntel aus dem Ausland.



In erster Linie waren dies englische und amerikanische Kohlenlieferungen (150 000 t bzw. 180 000 t). Auch die übrigen Kohlen kamen meist aus dem Ausland. Der Seegrenzschlachthof Kiel wurde mit lebenden Tieren fast ausschliesslich aus Dänemark versorgt. Über ein Drittel des Getreides lieferten Kanada und die USA, während der überwiegende Teil aus dem Bundesgebiet kam. Von den Mineralölen verschickten die Niederlande 10 000 t und England 6 000 t. Schweden und Dänemark teilten sich die Lieferungen von Steinen je etwa zur Hälfte.

Der Hafen von Itzehoe hat einen Getreideumschlag von einigen tausend Tonnen. Bestimmt wird seine Leistung aber durch die Umschläge der beiden Zementfabriken in Itzehoe und Lagerdorf. Von den 160 000 t, die insgesamt in Itzehoe ankommen, ist der grösste Teil Kohlen, Heizöl, Kalk und Papiersäcke für die Zementfabriken. Die Alsenische Fabrik wickelt den Umschlag im Werkhafen ab, während die Breitenburger Zementfabrik ihre Güter in Itzehoe-Sude umschlägt. Zwischen Itzehoe und Lagerdorf werden sie zum Teil auf dem Breitenburger Kanal transportiert. Der versandte Zement geht entweder auf den Binnenwasserstrassen direkt an die Empfänger, davon ein guter Teil nach Berlin,

oder wird nach Hamburg abgefertigt, wo er für die Lieferung ins Ausland umgeschlagen wird.

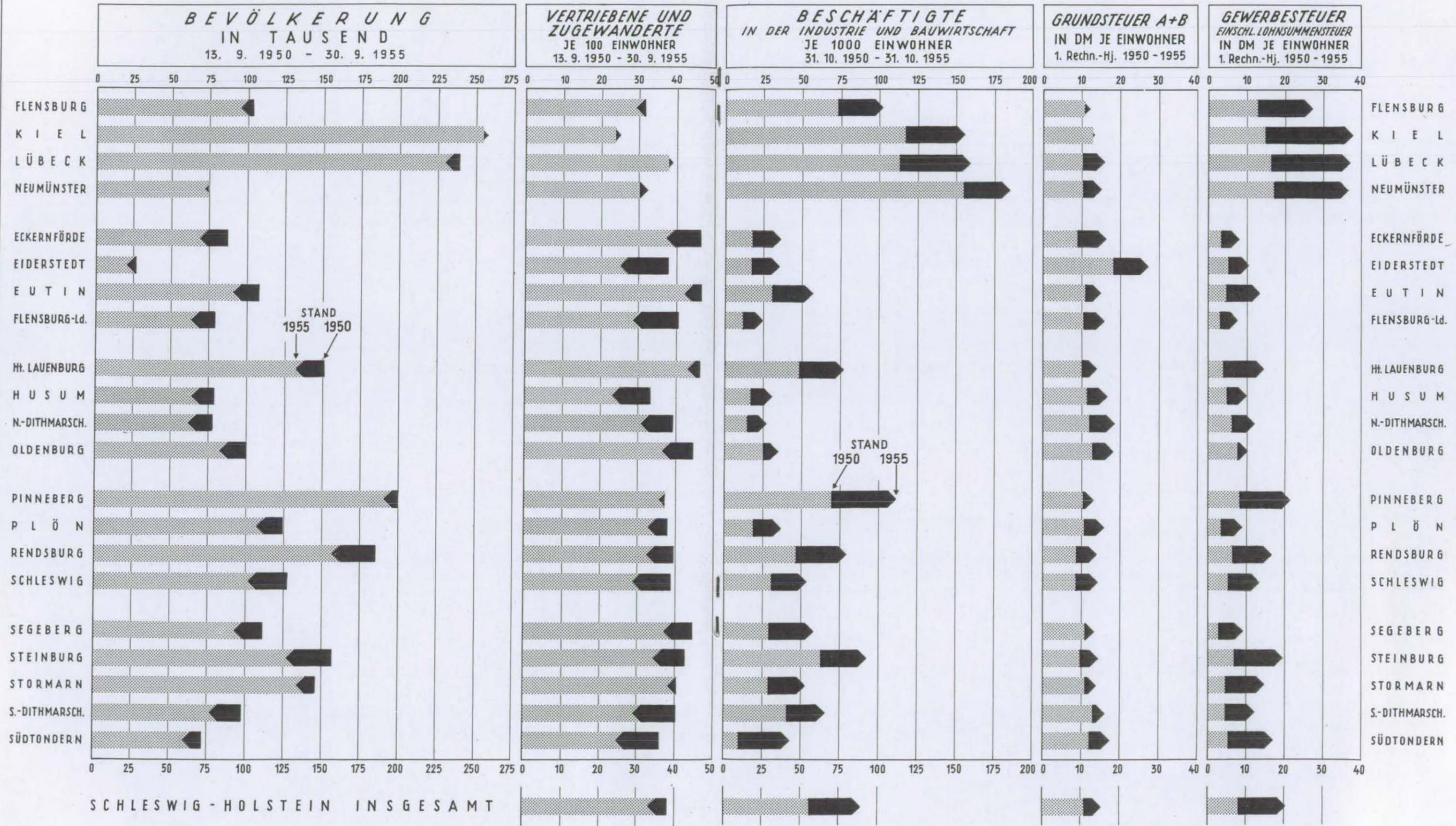
Der Gesamtumschlag in Flensburg ist gegenüber 1952 etwa gleich geblieben, doch ist hierbei der Versand um gut ein Fünftel zurückgegangen, während der Empfang sich um 12 % erhöhte. Im einzelnen wurden 1953 umgeschlagen

	im Versand	im Empfang
	- in 1 000 t -	
insgesamt	109	199
darunter		
Kohlen	79	103
Getreide	13	17
Steine und Erden	-	21
lebende Tiere	0	19

Die Kohlenlieferungen - meist Steinkohlenkoks - gingen fast ausschliesslich nach Dänemark. Das Getreide wurde nur nach Häfen der Bundesrepublik verladen. Die Hälfte davon empfingen Hamburg und Bremen. Von der ankommenden Kohle sind 40 000 t im Bundesgebiet verladen worden,



KREISENTWICKLUNG SCHLESWIG-HOLSTEINS 1950 - 1955



darunter allerdings rund 10 000 t in Hamburg und Bremen. Von dieser Kohle darf man annehmen, dass sie zum grössten Teil auch ausländischen Ursprungs ist. 22 000 t Kohle lieferte England, 18 000 t die USA. Fast 20 000 t Kohle wurden aus Schweden und Dänemark herangeführt. 4 000 t Steine und Erden wurden aus Bremen und 16 000 t aus Dänemark geliefert. Die Transporte mit lebendem Vieh für den Seegrenzschlachthof kamen ausschliesslich aus Dänemark. Von geringen Mengen abgesehen war das eintreffende Getreide in Hamburg verladen worden.

In Lägerdorf werden, wie schon bei Itzehoe geschildert, die Umschläge durch den Bedarf der Breitenburger Zementfabrik bestimmt. Vom Gesamtumschlag entfielen 62 000 t auf ankommende Güter. Hier, wie auch für Itzehoe, ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht möglich, da damals die Anschreibungen unvollständig waren.

95 % des Umschlages in Ostermoor entfällt auf den Empfang. Es sind dies meist Mineralöle und deren Derivate sowie Kohlen für die dortigen Bunkerstationen. Da Bunkerungen für die Statistik nicht angeschrieben werden, sind die für den Schiffsbedarf geladenen Mengen nicht aufgeführt, während die zur Auffüllung der Lager gelöschten Güter erfasst sind.

In Rendsburg hat sich der Umschlag der abgehenden Güter mehr als verdoppelt und ist damit auf 31 000 t gestiegen. Die ankommenden Güter nahmen nur um 12 % zu. Umgeschlagen wurden in erster Linie Baustoffe und Getreide in beiden Richtungen, Heizöl und Kohle wurden dagegen nur gelöscht.

Der Umschlag Glückstadts hat sich gegenüber 1952

mehr als verdoppelt. Hierbei nahmen besonders die verladenen Güter zu. 1953 wurden 100 000 t gelöscht. Neben Steinen (20 000 t) und Kohlen (18 000 t) waren dies besonders Rohstoffe für die Papierfabrikation wie Holz, Zellulose und China-Clay. Auch Mineralöle sowie Kies und Sand wurden in nennenswerten Mengen ausgeladen. Die abgehenden Waren wurden fast ausschliesslich im Binnenverkehr transportiert. Ganz überwiegend waren es Steine für Wasserbauten.

In Brunsbüttelkoog sank der Umschlag in der Ankunft von 179 000 auf 105 000 t. Dies ist auf den Rückgang der Lieferungen von Rohphosphat zurückzuführen, von dem 1953 nur noch 39 000 t gelöscht wurden. Gleichzeitig hatten sich aber auch die Bunkerungen der Schiffe zum Teil von Brunsbüttelkoog nach Ostermoor verlagert, so dass auch die hierfür nötigen Mineralölladungen zurückgingen.

Auch die übrigen in Tabelle 1 aufgeführten Häfen zeigen ein sehr unterschiedliches Gesicht. Einige von ihnen bedienen die verschiedensten Verkehrsbedürfnisse ihres Hinterlandes oder sind mehr auf den Umschlag einzelner Industriebetriebe eingerichtet. Bei anderen wieder liegt die Bedeutung in der Versorgung der Inseln an der Westküste. Einzelne Häfen erreichen gelegentlich grössere Umschlagszahlen, wenn dort Baumaterialien für den Küstenschutz verladen werden.

Ausser den aufgeführten Häfen hatten 1953 noch 19 Häfen einen Umschlag zwischen 1 000 und 10 000 t. Daneben gibt es noch eine ganze Reihe von Lös- und Ladeplätzen, die einen noch geringeren oder gar keinen Umschlag zu verzeichnen hatten.

Dipl.-Math. G. Schaub

Kurzberichte

Wieder verstärkter Bauwille in Schleswig-Holstein

— Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik 1955 —

Die Bauwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1955, insbesondere der Wohnungsbau, ist gekennzeichnet durch eine gegenüber dem Vorjahr etwas verminderte effektive Bauleistung, einen auffallend grossen Bauüberhang und einen wieder verstärkten Bauwillen, der in den erteilten Baugenehmigungen zum Ausdruck kommt.

Gesamtschau

Im Jahre 1955 wurden von den Baubehörden des Landes insgesamt 20 600 Baugenehmigungen erteilt, und zwar rund 15 000 für ganze Gebäude, der Rest für Wiederherstellung, Um-, Aus- und Erweiterungsbau. Die Zahl der Baugenehmigungen hat demnach gegenüber dem Vorjahre mit ebenfalls rund 21 000 Baugenehmigungen nicht zugenommen. Der verstärkte Bauwille im Jahre 1955 kommt aber in dem zahlenmässigen Anstieg der genehmigten Wohnungen, in der Zunahme des umbauten Raumes und in der Erhöhung der für die Durchführung sämtlicher Bauvorhaben veranschlagten Geldmittel zum Ausdruck. Die Zahl der geplanten Wohnungen — rund 24 700 — übersteigt die des Vorjahres um 2 900 Wohnungseinheiten oder um 13 %. Zugleich erhöhte sich das Bauvolumen 1955 gegenüber dem Vorjahre um fast 1 Mio cbm umbauten Raumes auf insgesamt rund 10 Mio cbm, wobei der umbaute Raum für Wiederherstellungs- und Umbaumaassnahmen an Gebäudeteilen nicht eingeschlossen ist. Beachtenswert ist ausserdem die Erhöhung der veranschlagten Bau-

kosten von etwa 426 Mio DM im Jahre 1954 auf rund 501 Mio DM im Jahre 1955, auch wenn dabei zu berücksichtigen ist, dass in dieser Summe die für das Baujahr erwarteten Preissteigerungen im Baugewerbe mit eingepreist sein dürften.

Die Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik, gegliedert nach Wohnungs- und Nichtwohnungsbau, d. h. nach Gebäuden, die fast ausschliesslich Wohnzwecken dienen und nach solchen, deren Verwendung vorwiegend eine öffentliche oder gewerbliche ist, ergeben folgendes Bild:

	Wohnungsbau		Nichtwohnungsbau	
	1955	dagegen 1954	1955	dagegen 1954
Zahl der Wohnungen	24 039	21 307	623	517
Bausumme in Mio DM	358	278	144	149
Bauvolumen ¹⁾ in 1000 cbm umbauten Raumes	7 035	5 967	2 748	2 958

¹⁾ ohne Baumaassnahmen an Gebäudeteilen

Es zeigt sich, dass die auf Grund der erteilten Baugenehmigungen zu erwartende Ausweitung der Bautätigkeit im wesentlichen vom Wohnungsbau getragen wird. Im Nichtwohnungsbau zeichnet sich sogar eine Abnahme der Bau-

summe und des Bauvolumens ab.

Die wohnungspolitisch bedeutsame Zunahme der geplanten Bautätigkeit wird auch durch eine Umrechnung der für 1955 veranschlagten Bausumme und der geplanten Wohnungen auf die Bevölkerungseinheit nachgewiesen, selbst wenn zu bemerken ist, dass diese Entwicklung nicht ausschliesslich auf dem Baugeschehen beruht, sondern zu einem nicht geringen Teil von der Bevölkerungsabnahme verursacht wird. Auf die Bevölkerung bezogen ergeben sich folgende Werte:

	Genehmigte Wohnungen je 1 000 Einwohner	Veranschlagte Bausumme in 1 000 DM je 1 000 Einwohner
1954	9,4	199
1955	10,8	219

Der Wohnungsbau

Das geplante Bauvolumen

Über das genehmigte Bauvolumen bei Wohngebäuden ohne die Baugenehmigungen für Gebäudeteile (Wiederherstellung, Um-, Aus- und Erweiterungsbau) gibt Tabelle 1 Aufschluss.

Das anstehende Bauvolumen ist sowohl nach der Zahl der Wohnungen als auch nach dem umbauten Raum und den veranschlagten Kosten gegenüber dem Vorjahre gestiegen; die Zahl der Wohnungen um 14 %, der umbaute Raum um 18 % und die veranschlagten Baukosten um 30 %. Auf die Wohnungseinheit eines durch Neu- oder Wiederaufbau (kein Umbau ganzer Gebäude oder einzelner Gebäudeteile) geplanten Gebäudes entfallen 1955 317 cbm umbauter Raum und 15 332 DM veranschlagte reine Baukosten gegenüber 307 cbm und 13 496 DM im Vorjahre. Für die Wohnungseinheit ergibt sich also durchschnittlich ein Zuwachs an Wohnraum

Tab. 1 1955 erteilte Baugenehmigungen¹⁾ nach Art der Bauvorhaben, Grösse und veranschlagten Kosten

Art der Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
		absolut	Veränderung gegenüber 1954 in %	1 000 cbm	Veränderung gegenüber 1954 in %	Mio DM	Veränderung gegenüber 1954 in %
Wohngebäude	10 890	22 226	+ 14	7 035	+ 18	340	+ 30
Nichtwohngebäude	4 143	457	+ 50	2 748	- 7	95	- 8
davon							
Anstaltsgebäude	82	230	. a)	189	. a)	12	. a)
Bürogebäude	83	69	.	137	.	9	.
landwirtsch. Betriebsgebäude	1 534	9	.	721	.	12	.
sonstige Nichtwohnbauten	2 444	149	.	1 701	.	62	.

1) ohne Baugenehmigungen für Gebäudeteile a) für 1954 liegt eine entsprechende Aufgliederung nicht vor

von 10 cbm pro Wohnung und eine Erhöhung der Baukosten um 1 836 DM. Einer Volumenerhöhung von rund 3 % steht demnach eine Kostenerhöhung von 14 % - jeweils bezogen auf die Wohnungseinheit - gegenüber. Je cbm umbauten Raumes errechnet sich eine Zunahme der Baukosten um fast 9 %. Die über das Bauvolumen hinausgehende Kostensteigerung dürfte sowohl auf eine bessere Ausstattung der Wohnungen als auch auf Preisbewegungen im Bausektor zurückzuführen sein.

Art der Bauvorhaben

Von den 24 039 insgesamt zum Bau genehmigten Wohnungen entfielen 85 % auf den Neubau und annähernd 8 % auf den

Wiederaufbau ganzer Wohngebäude, während sich der Rest auf den Umbau ganzer Wohngebäude, auf die durch Wiederherstellung einzelner Gebäudeteile geplanten Wohnungen und auf die durch den Um-, Aus- und Erweiterungsbau von Gebäudeteilen zu erstellenden Wohnungen verteilte.

Der Anteil der Bauherrengruppen

Die prozentuale Beteiligung der einzelnen Bauherrengruppen an den Baugenehmigungen für Wohnungen in Neu- und Wiederaufbauten ganzer Wohngebäude blieb im Jahre 1955 im allgemeinen unverändert (vergleiche Tabelle 2). Nur die Freien Wohnungsunternehmen konnten ihren Anteil an den im Jahre geplanten Wohnungen von 8 % für 1954 auf 10 %

Tab. 2 1955 erteilte Baugenehmigungen für Wohngebäude¹⁾ nach Bauherren

Bauherren	Gebäude		Wohnungen			Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
	absolut	in %	absolut	in %		in 1 000 m ³	in %	in 1 000 DM	in %
				1955	dagegen 1954				
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	3 657	34	9 989	45	45	2 727	39	131 846	39
Freie Wohnungsunternehmen	867	8	2 165	10	8	613	9	29 911	9
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	55	1	236	1	2	81	1	4 363	1
Behörden und Verwaltungen	127	1	227	1	3	88	1	4 423	1
Private Haushaltungen	6 141	57	9 517	43	43	3 500	50	168 807	50
Bauherren insgesamt	10 847	100	22 134	100	100	7 009	100	339 350	100

1) ohne Baugenehmigungen für Umbau und Gebäudeteile

im Jahre 1955 erhöhen. Mit 9 989 von den insgesamt 22 134 geplanten Wohnungen in zum Bau genehmigten Wohngebäuden liegen die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen als Bauherren mit geringem Vorsprung auch 1955 an der Spitze der Bauherrengruppen. Es folgen die privaten Haushaltungen mit 9 517 Wohnungen, 45 % der geplanten Wohnungen gehen damit auf die Initiative der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen zurück, während der Anteil der privaten Bauherren 43 % ausmacht. Dieses Verhältnis entspricht genau dem des Vorjahres und zeigt, dass sich die gegenüber 1953 festgestellte Entwicklung – 1953 machte der Anteil der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen 53 % aus, während die privaten Bauherren nur auf 35 % kamen – nicht fortgesetzt hat. Allerdings hat sich im Jahre 1955 auch weiterhin der Anteil des umbauten Raumes und der veranschlagten reinen Baukosten zugunsten der privaten Bauherren verschoben, deren Anteil nunmehr 50 % in beiden Fällen ausmacht.

Die Grösse der Wohngebäude und die Bauherrengruppen

Bei den Bauherrengruppen insgesamt entfallen im Durchschnitt auf jedes genehmigte Wohngebäude 2 Wohnungen (1954: 1,9). Wesentlich darüber – wenn auch nicht mehr in dem Masse wie im Vorjahr – liegt die Gruppe der Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen mit 4,3 Wohnungen je Gebäude, wesentlich darunter die Gruppe der privaten Haushaltungen mit 1,5 Wohnungen je Gebäude.

Eine Betrachtung der einzelnen Bauherrengruppen gibt einen gewissen Anhalt für die Annahme, dass 1955 die Tendenz zu grösseren Wohnungsbauten bestand. Die Zahl der geplanten Wohnungen je Wohngebäude stieg bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen sowie den Freien Wohnungsunternehmen im Durchschnitt von 2,2 bzw. 2,0 im Jahre 1954 auf 2,7 bzw. 2,5 im Jahre 1955 an. Lediglich die Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen als Bauherren planten, verglichen mit dem Vorjahr, kleinere Wohnbauten.

Tab. 3 Durchschnittliche Grösse und Baukosten der 1955 genehmigten Wohngebäude¹⁾ nach Bauherren

Bauherren	Wohnungen je Gebäude		Veranschlagte reine Baukosten			
	1955	dagegen 1954	je Wohnung		je cbm umbauten Raumes	
			1955	dagegen 1954	1955	dagegen 1954
			DM			
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2,7	2,2	13 199	12 168	48	44
Freie Wohnungsunternehmen	2,5	2,0	13 816	13 313	49	46
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	4,3	4,7	18 487	14 217	54	46
Behörden und Verwaltungen	1,8	1,8	19 485	19 443	50	57
Private Haushaltungen	1,5	1,5	17 737	14 454	48	43
Bauherren insgesamt	2,0	1,9	15 332	13 496	48	44

1) ohne Umbau und Gebäudeteile

Die veranschlagten Baukosten nach Bauherren

Die veranschlagten durchschnittlichen reinen Baukosten für eine Wohnung in ganzen Wohngebäuden schwanken bei den einzelnen Bauherrengruppen zwischen 13 200 DM bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen und 19 500 DM bei den Behörden und Verwaltungen. Bei den Bauherren insgesamt wurden im Durchschnitt 15 300 DM Baukosten je Wohnung veranschlagt. Diese Zahl liegt damit um 1 836 DM oder fast 14 % höher als im Vorjahr. Ursache hierfür dürften – ausser Preisschwankungen – vor allem die angehobene Wohnungsgrösse und die mehr oder minder verbesserte Ausstattung sein. Diese Vermutung wird gestützt durch das Ergebnis einer vergleichenden Betrachtung der Kosten pro cbm umbauten Raumes, da dadurch die unterschiedliche Wohnungsgrösse weitgehend ausgeschaltet wird. Die Kosten je cbm umbauten Raumes lagen im Jahre 1955 bei den einzelnen Bauherrengruppen zwischen 48 und 54 DM. Verglichen mit dem Vorjahr sind die entsprechenden gesamten Durchschnittskosten spürbar gestiegen (vergleiche Tabelle 3). Bemerkenswert ist, dass die veranschlagten durchschnittlichen Kosten je cbm umbauten Raumes bei den Behörden und Verwaltungen von 57 DM im Jahre 1954 auf 50 DM im Jahre 1955 sanken, während sie im Gegensatz hierzu bei den Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen von 46 auf 54 DM, d. h. um rund 17 % stiegen. Auch dieser Preisunterschied dürfte – abgesehen von der Preisbewegung – zum Teil seinen Grund in einer verbes-

serten Ausstattung haben, zum Teil aber auch in der Abnahme der Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude bei dieser Bauherrengruppe. Auffallend ist, dass die Gruppe "Private Haushaltungen" zusammen mit den "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen" die niedrigsten Kosten pro cbm umbauten Raumes veranschlagte, obwohl sie mit den durchschnittlichen Entstehungskosten von 17 737 DM für eine Wohnung unter den Bauherrengruppen verhältnismässig hoch liegt. Aus dieser Disproportion kann geschlossen werden, dass bei privaten Personen als Bauherren die räumliche Abmessung der Bauvorhaben auf Kosten später zu ergänzender Ausstattung den Vorrang hat.

Der Nichtwohnungsbau

Im Bereich des Nichtwohnungsbau wurden 1955 von den Baubehörden des Landes 4 143 Baugenehmigungen für den Neu-, Wiederauf- und Umbau ganzer Gebäude erteilt.

Das Bauvolumen – ausgedrückt in cbm umbauten Raumes – betrug für den Nichtwohnungsbau (ohne Baugenehmigungen für Gebäudeteile) im Jahre 1955 2,7 Mio cbm, was gegenüber dem Jahre 1954 mit 3 Mio cbm eine Verringerung des Bauvolumens um 7 % bedeutet.

Eine nur geringfügige Abnahme von etwas über 3 % verzeichneten die veranschlagten reinen Baukosten. Nach den Baugenehmigungsmeldungen für ganze Gebäude und Gebäu-

deteile machten sie 1954 noch 149 Mio DM aus, im Jahre 1955 gingen sie auf 144 Mio DM zurück.

Eine Betrachtung der Baukosten für Nichtwohngebäude nach Bauherren lässt die Bauherrengruppe "Betriebe und Behörden" stark hervortreten. Ihr Anteil an den gesamten Baukosten für Gebäude und Gebäudeteile beträgt 94 %. Die privaten Haushaltungen und die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen folgen mit je 3 %.

Regionale Aufgliederung der Baugenehmigungen

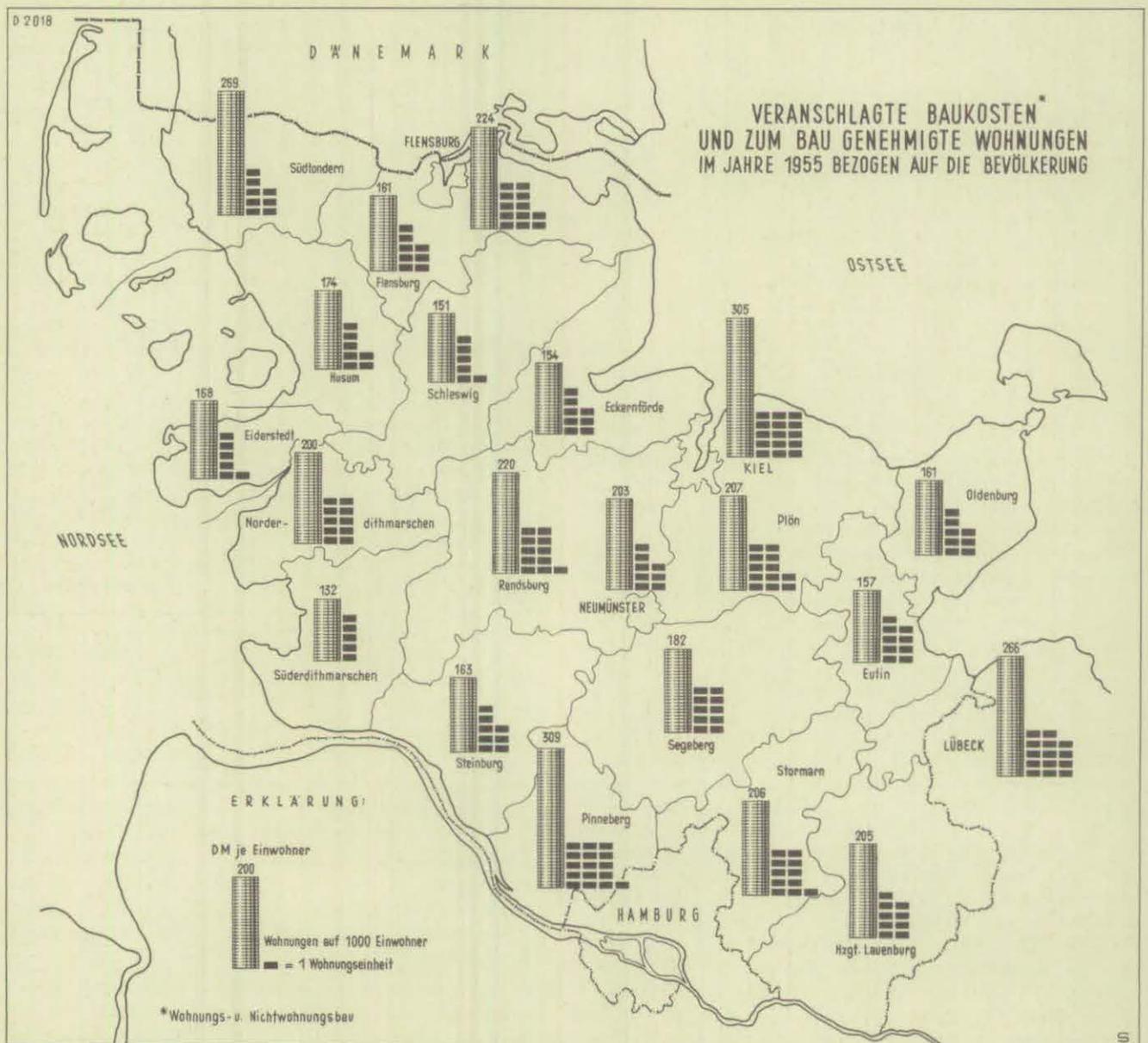
Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik für Wohngebäude in den vier kreisfreien Städten des Landes und den 17 Landkreisen ergibt, dass die kreisfreien Städte im geplanten Wohnungsbau für 1955 prozentual gesehen wesentlich grössere Zunahmen zu verzeichnen hatten als die Landkreise. Die Zahl der geplanten Wohnungen stieg in den kreisfreien Städten um 32 % von insgesamt 6 140 Wohnungen im Jahre 1954 auf 8 109 im Jahre 1955. In den Landkreisen erreichten die genehmigten Wohnungen dagegen nur eine Erhöhung von 13 329 auf 14 117, was einer Steigerung um 6 % gleichkommt.

Noch besser gekennzeichnet wird die erhöhte Bauleistung

der kreisfreien Städte im Wohnungsbau durch einen Vergleich der durchschnittlich je 1 000 Einwohner veranschlagten Baukosten und geplanten Wohnungseinheiten.

In den kreisfreien Städten wurde mit einem durchschnittlichen Bauaufwand von 268 000 DM je 1 000 Einwohner die Erstellung von 13,4 Wohnungseinheiten geplant, während die Landkreise dieser Bauleistung nur 199 000 DM Baukosten und 9,7 Wohnungseinheiten entgegenzusetzen haben. Die Leistung der kreisfreien Städte im Wohnungsbau ist umso höher zu bewerten, wenn man den Anteil der geplanten Baukosten für Nichtwohnbauten an den insgesamt veranschlagten Baukosten berücksichtigt. Für die kreisfreien Städte macht dieser Anteil 31 Prozent aus, für die Landkreise nur 28 %.

Eine partielle Aufgliederung des Bauaufwandes und der Wohnungseinheiten zeigt, dass Kiel mit 15,4 genehmigten Wohnungseinheiten je 1 000 Einwohner zu den Städten mit der grössten Planungsinitiative gehört. Es folgt Lübeck mit 13,7 Wohnungseinheiten vor Flensburg und Neumünster mit 11,6 bzw. 7,6 Wohnungseinheiten. In den Landkreisen rechnen bei einem Landesdurchschnitt von 10,8 Wohnungseinheiten je 1 000 Einwohner die an die Grossstädte Hamburg bzw. Kiel angrenzenden Landkreise Pinneberg und Plön mit



16,2 bzw. 11,8 Wohnungseinheiten zu den aktiven Gebieten der Wohnungsplanung. Süderdithmarschen liegt mit 5,4 Wohnungseinheiten um 50 % unter dem Landesdurchschnitt.

Die gleiche Reihenfolge ergibt sich bei einer Betrachtung der Baukosten je 1 000 Einwohner. Auch hier liegt Kiel unter den kreisfreien Städten mit 305 000 DM je 1 000 Einwohner an der Spitze, gefolgt von Lübeck mit 266 000 DM und Flensburg mit 224 000 DM. Neumünster nimmt mit

203 000 DM Baukosten je 1 000 Einwohner die letzte Stelle unter den kreisfreien Städten ein. Bei den Landkreisen führt nicht mehr wie im Vorjahre Eiderstedt nach den veranschlagten reinen Baukosten, sondern 1955 hält Pinneberg mit 309 000 DM je 1 000 Einwohner die Spitze. Den niedrigsten geplanten Bauaufwand je 1 000 Einwohner hat Süderdithmarschen. Mit 132 000 DM liegt es um 40 % unter dem Landesdurchschnitt.

Fu./Kn.

Die Viehbestände am 2. Dezember 1955

Die Zahl der Tiere aller gezählten Tierarten war Anfang Dezember 1955, mit Ausnahme der Enten, geringer als zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1954. Vor allem waren weniger Pferde, Kühe, Zuchtsauen und weniger Hühner vorhanden. Auch die Zahl der Tierhalter hat abgenommen.

Mit insgesamt 99 000 Stück ist die Zahl der Pferde nunmehr um rund ein Drittel geringer als im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre. Gegenüber 1954 hat sich die Gesamtzahl um 9 000 Stück vermindert. Besonders starke Abnahmen gab es wieder bei den Jungpferden und bei den jungen Arbeitspferden. Dagegen ist die Zahl der über 14 Jahre alten Tiere er-

neut grösser geworden. Nach der ausserordentlich starken Abnahme im Jahre 1954 hat die Zahl der Fohlen erstmalig seit 1950 wieder zugenommen.

Ende 1955 wurden knapp 1,04 Mio Rinder gezählt gegenüber 1,06 Mio im Dezember 1954. Besonders die Milchviehhaltung ist weiter eingeschränkt worden. Bereits im Dezember 1954 waren 11 000 Kühe weniger vorhanden als im Dezember 1953. Mit insgesamt 429 000 Stück wurden im Dezember 1955 sogar 22 000 Kühe weniger gezählt als zur gleichen Zeit 1954, so dass die Abnahme seit dem bisherigen Höchststand 1953 nunmehr 32 000 Stück beträgt. Die rückläufige Entwicklung

Tab. 1

Die Viehbestände $\bar{\sigma}$ 1934/39, 1954 und 1955

Tierart	Viehbestand			Veränderung	Stand
	6jähriger Durchschnitt Dezember 1934-1939 ¹⁾	Dezember 1954	Dezember 1955	gegenüber	
				Dezember 1954	Dezember $\bar{\sigma}$ 1934-39 ¹⁾
	in 1 000 Stück			in %	
Pferde	153 ^{a)}	107	99	- 8	65
Rindvieh	1 060	1 061	1 040	- 2	98
darunter Milchkühe	447	451	429	- 5	96
Schweine	871	1 196	1 184	- 1	136
Schafe	159	114	112	- 2	70
Hühner ²⁾	3 282	3 716	3 476	- 7	106
Gänse	110	160	158	- 1	143
Enten	120	138	150	+ 9	125

1) jetziger Gebietsstand

2) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

a) ohne Militärpferde

Tab. 2

Der Schweinebestand $\bar{\sigma}$ 1934/39, 1954 und 1955

	Schweinebestand			Veränderung	Stand
	6jähriger Durchschnitt Dezember 1934-1939	Dezember 1954	Dezember 1955	gegenüber	
				Dezember 1954	Dezember $\bar{\sigma}$ 1934-39
	in %			in %	
Ferkel	197 905	355 863	334 939	- 6	169
Jungschweine	389 089	541 053	548 761	+ 1	141
Schlachtschweine	198 196	177 027	185 926	+ 5	94
Zuchtsauen	82 050	118 203	110 101	- 7	134
davon					
trächtig	52 374	72 985	67 370	- 8	129
nicht trächtig	29 676	45 218	42 731	- 6	144
Eber	4 148	4 227	4 124	- 2	99
Schweine insgesamt	871 388	1 196 373	1 183 851	- 1	136

ist in allen Kreisen festzustellen, relativ am stärksten – genau wie 1954 – in den Kreisen Eiderstedt, Eckernförde, Hzgt. Lauenburg und Oldenburg/Holstein sowie jetzt auch in Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg. Die Zahl der Färsen ist nach dem Rückgang 1954 wieder geringfügig angestiegen. Schlacht- und Masttiere waren dagegen weniger vorhanden.

Es wurden rund 111 800 Schafe gezählt. Damit hat sich der Bestand gegenüber 1954 nur relativ wenig vermindert. Stark abgenommen hat die Zahl der Schafhalter.

Das Jahr 1954 hatte in der Schweinehaltung einen kräftigen Produktionsanstieg gebracht. Die Gesamtzahl der Schweine war Ende 1954 um 37 % über den vergleichbaren Stand aus dem Durchschnitt der Jahre 1934/1939 gestiegen. Auch 1955 hielt die Ausweitung zunächst noch an. Die Bestandszahl kletterte im März auf 151 % des Vorkriegsdurchschnitts. Im weiteren Verlauf des Jahres ist dann ein Umschwung eingetreten. Im September war der Gesamtbestand nur noch geringfügig grösser als im September 1954 und zum Jahresende war er bereits kleiner als zur gleichen Zeit 1954.

Am 2. Dezember waren insgesamt 1,2 Mio Schweine vorhanden. Damit ist der Gesamtbestand noch um 36 % grösser als zur vergleichbaren Zeit im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1939. Abgenommen gegenüber 1954 hat sowohl die Zahl der

trächtigen als auch die der nicht trächtigen Sauen, und zwar jeweils recht erheblich. Nachdem sich im September nur die Zahl der Jungsauen gegenüber dem Vorjahr vermindert hatte, sind nun auch weniger ältere Sauen vorhanden. Die Einschränkung des Sauenbestandes macht sich bereits in geringeren Ferkelzahlen bemerkbar. Noch sind die Bestände an Jung- und Schlachtschweinen jedoch grösser als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Zahl der Schweinehalter hat weiterhin abgenommen.

Mit insgesamt 7 900 Stück waren 1955 um 16 % weniger Ziegen vorhanden als im Dezember 1954.

Bei den Geflügelbeständen haben sich gegenüber 1954 besonders die Zahlen der Junghühner und die der Hähne und Schlachthühner vermindert. Dagegen gab es wesentlich mehr Enten. Die Zahl der Bienenstöcke ist um 15 % zurückgegangen.

Vergleiche auch: "Die Viehhaltung Schleswig-Holsteins" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jahrgang, Heft 3, März 1954, Seite 100 ff und "Der Viehbestand am 2. Dezember 1955" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 8. Jahrgang N.F., Heft 1, Januar 1956, Seite 25 ff.

Mo.

Schleswig-Holstein und der Bund

Die Bautätigkeit im Bundesgebiet und West-Berlin im Jahre 1955

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in der Reihe "Statistische Berichte" Arb.-Nr. VI/24/49 vom 22. März 1956 die Ergebnisse der Bautätigkeit im Bundesgebiet und West-Berlin. Diese Veröffentlichung liegt den folgenden Ausführungen zu Grunde:

Im Jahre 1955 wurden nach den vorläufigen Ergebnissen 539 200 Wohnungen fertiggestellt. Die Bauleistung blieb gegenüber dem Vorjahre (542 900 Wohnungen) um rund 3 700 Wohnungen zurück.

Der grösste absolute Rückgang (12 000 Wohnungen) ist – wohl infolge des Auslaufens einiger Sonderbauprogramme – in Nordrhein-Westfalen festzustellen. Aber auch die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Baden-Württemberg verzeichnen eine rückläufige Tendenz. Hessen, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen, sowie West-Berlin, konnten dagegen ihre Wohnungsbauleistung gegenüber 1954 steigern.

Die Berechnung der prozentualen Veränderungen der Bauleistungen in den einzelnen Bundesländern gegenüber dem Vorjahre zeigt, dass unter den Bundesländern Schleswig-Holstein mit 7,9 % den relativ grössten Rückgang aufzuweisen hat vor Nordrhein-Westfalen mit 6,5 %, Hamburg mit 2,2 % und Baden-Württemberg mit 0,9 %.

Der Rückgang der Bauleistung im Bundesgebiet um etwa 0,7 %, der sich nach Vorliegen endgültiger Ergebnisse wohl noch verringern dürfte, wird durch den sehr hohen Bestand an genehmigten, aber noch nicht in Angriff genommenen, Wohnungsbauvorhaben am Ende des Berichtsjahres wieder wettgemacht. Die in das Jahr 1956 hinüberreichende Vorleistung an bereits begonnenen Wohnungsbauten liegt um fast 12 % höher als an der Jahreswende 1954/55.

Auch der Vorrat an noch nicht in Angriff genommenen Bauvorhaben hat eine weitere Zunahme um 2,8 % erfahren. Wäh-

rend die am Jahresende 1955 bereits begonnenen Wohnungsbauten in allen Ländern höher lagen als am Jahresanfang – in Schleswig-Holstein sogar um fast 39 % –, ist bei den genehmigten, aber noch nicht im Jahre 1955 begonnenen Bauvorhaben in den Bundesländern Hamburg und Baden-Württemberg ein Rückgang zu verzeichnen.

Mit einer Bauleistung von 8,1 fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner steht Schleswig-Holstein im Jahre 1955 an letzter Stelle unter den Bundesländern. Bremen hält mit 15,8 Wohnungen je 1 000 Einwohner die Spitze, gefolgt von Hamburg mit 13,4 und Nordrhein-Westfalen sowie Hessen mit je 11,9 Wohnungen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 10,8 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Bei den noch am Jahresende im Bau befindlichen Wohnungen liegt Schleswig-Holstein mit 5,6 Wohnungen je 1 000 Einwohner ebenfalls am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt von 7,7 Wohnungseinheiten.

Nicht ganz so ungünstig ist die Situation für Schleswig-Holstein bei den am Jahresende noch nicht begonnenen Wohnungen. Hier liegt es mit 3,4 Wohnungen je 1 000 Einwohner nur um 0,2 Wohnungen unter dem Bundesdurchschnitt. Den grössten Vorrat an noch nicht begonnenen Bauvorhaben hat Bremen, wo 8,6 Wohnungen auf 1 000 Einwohner entfallen.

Der Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbauens an den Fertigstellungen des Jahres 1955 betrug nach einer vorläufigen Schätzung, die durch die endgültigen Ergebnisse wohl noch eine Korrektur erfahren dürfte, etwa 49 % und ist damit nur um ein Geringes niedriger als die vorläufige Schätzung des Vorjahres, die sich durch die endgültigen Zahlen auf 55 % erhöht hatte. Einen auffälligen Rückgang haben besonders die Länder Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland-Pfalz gemeldet, während Hamburg und Bremen sowie Niedersachsen eine Zunahme zu verzeich-

Fertiggestellte, im Bau befindliche und noch nicht begonnene Wohnungen

Land	Fertiggestellte Wohnungen			Im Bau befindliche Wohnungen am Jahresende			Noch nicht begonnene Wohnungen am Jahresende			Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues in % der Fertigstellungen	
	Vorläufiges Gesamtergebnis 1955	Veränderung gegenüber 1954 in %	je 1 000 Einw. 1)	1955	Veränderung gegenüber 1954 in %	je 1 000 Einw. 1)	1955	Veränderung gegenüber 1954 in %	je 1 000 Einw. 1)	1955 ²⁾ dageg. 1954 ²⁾	
										1955 ²⁾	dageg. 1954 ²⁾
Schleswig-Holstein	18 522	- 7,9	8,1	12 923	+ 38,9	5,6	7 845	+ 20,6	3,4	56	67
Hamburg	23 659	- 2,2	13,4	20 119	+ 13,2	11,4	5 548	- 27,0	3,2	70	62
Niedersachsen	59 541	+ 2,1	9,1	40 175	+ 18,5	6,1	25 390	+ 2,1	3,9	51	50
Bremen	9 903	+ 13,8	15,8	7 908	+ 3,7	12,6	5 423	+ 5,6	8,6	85	79
Nordrhein-Westfalen	174 105	- 6,5	11,9	131 533	+ 11,0	9,0	56 883	+ 5,6	3,9	55	59
Hessen	53 941	+ 9,4	11,9	42 169	+ 7,1	9,3	17 716	+ 3,4	3,9	42	54
Rheinland-Pfalz	29 910	+ 3,5	9,1	26 821	+ 10,7	8,2	12 840	+ 11,3	3,9	28	45
Baden-Württemberg	81 634	- 0,9	11,5	53 194	+ 6,5	7,5	22 920	- 1,7	3,2	44	48
Bayern	87 993 ^{a)}	+ 3,6	9,6	51 965 ^{a)}	+ 15,2	5,7	25 809 ^{a)}	+ 0,9	2,8	38	38
Bundesgebiet	539 208	- 0,7	10,8	386 807	+ 11,9	7,7	180 374	+ 2,8	3,6	49	52
West-Berlin	20 834	+ 13,2	9,5	95	95

1) Stand vom 30. 6. 1955 2) geschätzte Zahlen a) teilweise geschätzte Zahlen

nen haben. Nach wie vor liegt im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau Berlin vor Bremen und Hamburg an- teilmässig an der Spitze; an letzter Stelle rangiert Rhein- land-Pfalz.

Zeichenerklärung

∅	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	vorläufige Zahl	-	Zahlenwert genau null
r	berichtigte Zahl	0	mehr als nichts aber weniger als die Hälfte der klein- sten dargestellten Einheit
s	geschätzte Zahl	.	Zahlenwert nicht bekannt
		...	Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit

Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde

Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1954	1954/55			1955/56			
		Mta.- bzw. Vj.- Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Bevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 325	2 304	2 301	2 299	2 279	2 277
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*absolut	1000	856 ^a	653	639	637	636	623	622
in % der Bevölkerung		33,0	28,1	27,7	27,7	27,7	27,4	27,3
Zugewanderte ²⁾										
*absolut	1000	135 ^a	132	132	132	132	133	133
in % der Bevölkerung		5,2	5,7	5,7	5,7	5,7	5,8	5,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*absolut		2 078	1 423	1 695	749	943	1 303	1 662
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	7,3	8,6	3,8	5,3	6,9	8,6
Lebendgeborene ⁴⁾										
*absolut		3 447	2 721	2 537	2 675	2 569	2 379	2 537
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,0	12,9	13,7	14,6	12,7	13,1
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt										
*absolut		2 059	2 101	2 204	2 189	2 164	2 013	2 113
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	10,8	11,2	11,2	12,3	10,7	10,9
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*absolut		172	102	114	103	107	88	112
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,7	4,5	3,9	4,2	3,7	4,4
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+ 1 388	+ 620	+ 333	+ 486	+ 405	+ 366	+ 424
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 536	1 262	1 173	1 128	1 547	1 229
Zugewanderte		.	843	697	738	517	1 000	758
*Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		9 662	4 215	3 786	2 895	2 551	2 917	2 752
Zugewanderte		.	914	948	713	627	900	723
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)										
darunter										
Vertriebene		-7 489	-2 679	-2 524	-1 722	-1 423	-1 370	-1 523
Zugewanderte		.	- 71	- 251	+ 25	- 110	+ 100	+ 35
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾										
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt										
absolut		31 221	24 170	22 362	19 573	16 499	25 019	20 372
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		200	183	164	143	133	198	154
darunter										
Umsiedler		6 329 ^b	3 513	2 191	2 349	2 113	2 881	1 409	2 024	923
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	2 435	1 254	1 728	1 682	2 075	749	1 371	569
Baden-Württemberg		2 602	514	397	97	112	229	113	120	69
Rheinland-Pfalz		2 928	80	94	78	47	33	26	82	27
Hessen		238	60	43	24	22	28	22	16	5
Hamburg		41	405	387	380	247	494	480	402	238
Bremen		9	19	16	42	3	22	19	33	15
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	8 653 ⁺	8 642	.	.	.	661	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	8 446 ⁺	8 437	.	.	.	445	.	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	1000	210	104	113	141	141	70	109	111	133
je 100 Arbeitnehmer		25,2	13,7	15,0	18,7	18,7	9,1	14,1	14,4	17,3
darunter										
*Männer	1000	146	70	75	103	104	40	73	76	98
Vertriebene	1000	119 ^a	43	45	55	55	.	40	.	.
Dauerarbeitslose ⁹⁾	1000	36

* Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

- 1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte 9) über 52 Wochen in der Alfu Unterstützte
- a) am 13.9.1950 (Volkszählung) b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1954/55			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	.	1 061	.	.	.	1 040	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	.	451	.	.	.	429	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	.	1 196	.	.	.	1 184	.	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	.	118	.	.	.	110	.	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	.	73	.	.	.	67	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	12	12	11	9	16	11	9	...
*Kälber	1000 St	14	11	15	12	13	12	11	8	...
*Schweine	1000 St	45	62	103	88	79	92	107	94	...
darunter										
*Hausschlachtungen ¹⁰⁾	1000 St	35 ^e	32 ^f	52	40	32	34	50	38	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5	8	8	8	7	9	8	8	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	2	3	3	3	2	3	2	2	...
*Schweine	1000 t	3	4	5	5	4	5	5	5	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	229	224	241	231	233	217	240	...
*Kälber	kg	26	35	33	40	33	30	36	38	...
*Schweine	kg	98	95	92	94	91	91	88	92	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	137	104	108	104	93	106	110	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,0	7,4	7,7	8,2	7,1	7,9	8,3	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86,3 ^g	86,5 ^g	81,3	82,3	82,0	81,8	81,5	82,4	...
INDUSTRIE ¹¹⁾										
*Beschäftigte	1000	109	136	137	137	138	155	152	150	...
darunter ¹²⁾										
*Arbeiter	1000	91	114	114	115	116	131	128	125	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹³⁾	1000	18 055	22 553	24 043	22 395	21 737	26 870	26 106	24 854	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	35,3	42,7	35,5	34,0	45,7	48,3	42,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM ¹⁴⁾	5,6	9,8	13,2	10,4	10,3	11,7	13,8	12,0	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹⁵⁾	81	78	89	78	70	94	97	83	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	8 468	9 319	8 973	8 679	11 488	11 308	11 585	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	13	17	17	15	22	23	23	...
*Stromerzeugung	Mio kWh	11	16	16	18	17	22	22	21	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	51	56	53	50	66	64	62	...
*Umsatz ¹⁵⁾	Mio DM	201	312	367	270	298	385	437	339	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	46	87	21	51	40	84	50	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau)	1936=100	108	151	156	144	153	186	177	164	...
darunter										
Erdölgewinnung u. Mineralölverarb.		315	840	891	972	930	1 159	1 214	1 150	...
Industrie der Steine und Erden		119	164	170	80	84	232	177	133	...
Eisenschaffende Industrie		100	125	135	137	143	147	141	141	...
NE-Metalle		70	108	119	118	125	126	118	114	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		79	58	39	36	43	57	42	45	...
Papier- und Papiererzeugung		122	282	257	310	326	347	305	334	...
Gummiverarbeitung		104	135	121	123	130	132	111	117	...
Schiffbau		54	98	97	104	107	121	r 115	116	...
Maschinenbau		109	177	191	175	218	218	r 267	212	...
Fahrzeugbau		158	185	136	126	182	143	163	169	...
Elektroindustrie		436	728	885	894	955	1 067	1 068	900	...
Feinmechan. u. optische Industrie		88	204	212	234	250	259	269	258	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		107	146	138	125	140	158	154	137	...
Ledererzeugende Industrie		52	45	47	48	52	60	53	61	...
Schuhindustrie		443	716	774	757	774	870	726	989	...
Textilindustrie		126	122	129	124	118	141	r 119	106	...
Bekleidungsindustrie		366	463	369	389	523	r 469	r 361	446	...
Fleischwarenindustrie		49	86	93	91	93	118	r 107	92	...
Fischverarbeitende Industrie		56	93	98	88	109	113	88	69	...
Milchverwertung		140	161	105	114	120	94	r 111	122	...
Tabakverarbeitende Industrie		4 440	4 061	3 838	3 394	3 792	6 174	5 900	5 585	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) d. öffentl. Kraftwerke	Mio kWh	66	95	112	102	96	103	122	120	...
*Stromverbrauch (brutto)	Mio kWh	70	100	123	113	101	119	132	127	...
*Gaserzeugung (brutto) d. öffentl. Werke ¹⁷⁾	Mio cbm	11	15	16	16	15	16	17	17	...

10) Gewerbliche Schlachtungen 11) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 12) einschl. gewerbl. Lehrlinge 13) einschl. Lehrlingsstunden 14) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts oder ballastreiche Steinkohle; = 3 t Rohbraunkohle 15) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 16) einschl. Verluste 17) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases
d) Dezember 1950 e) Durchschnitt Oktober - Dezember 1950 und Januar - März 1951 f) Durchschnitt Oktober - Dezember 1954 und Januar - März 1955 g) Jahresdurchschnitt

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1954/55			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe¹⁸⁾										
*Beschäftigte		22 094	30 841	30 932	16 314	14 360	42 372	30 045	24 200	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 923	5 594	6 063	2 634	2 076	7 882	5 533	4 375	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	1 677	2 230	2 277	979	864	3 279	2 335	1 911	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	5,0	9,9	11,7	5,1	3,7	15,9	12,0	8,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,4	0,7	1,0	0,7	0,7	0,9	1,1	0,9	...
*Umsatz	Mio DM	13,3	27,2	38,6	19,0	15,4	45,5	48,4	28,0	...
Baugenehmigungen¹⁹⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ²⁰⁾		726	874	775	668	519	997	719	524	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	355	262	226	241	332	321	215	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	30,5	31,5	24,1	19,8	39,8	39,7	29,1	...
darunter										
für Wohngebäude	Mio DM	16,9	21,8	21,4	19,7	15,8	31,8	30,0	21,8	...
*Umgebauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	744	712	543	478	857	814	621	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	497	483	422	335	642	595	438	...
*Wohnungen ²¹⁾		2 306	1 735	1 776	1 465	1 238	2 257	2 132	1 640	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 622	1 552	1 358	1 096	2 044	1 880	1 405	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen ²²⁾		1 478	1 661	5 629	510	361	1 908	6 281	567	...
Wohnräume ²³⁾		4 926	5 823	19 901	1 804	1 302	6 949	23 607	2 119	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1950=100	100	120	187	101	105	131	197
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		100	113	152	104	103	115	158
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		100	110	215	84	93	130	224
*Hausrat und Wohnbedarf		100	135	236	110	108	164	254
*Sonstige Waren		100	146	227	124	135	165	244
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 VE ²⁴⁾	824	218	154	155	137	356	1 602	253	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 VE ²⁴⁾	1 309	905	1 685	20	656	2 651	3 729	3 838	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	2 971	3 682	4 002	4 355	5 293	6 423	5 347	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	15 858	17 519	17 716	15 457	29 071	27 765	23 109	...
Ausfuhr nach Warengruppen²⁵⁾										
*insgesamt	Mio DM	7,2	42,5	51,2	44,7	28,8	49,8	65,9	66,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	2,8	3,5	2,8	3,5	4,9	4,2	3,1	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	39,6	47,6	42,0	25,3	44,9	61,7	63,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,1	1,5	1,3	1,4	1,7	2,1	2,2	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,0	4,7	3,4	3,7	3,9	5,7	3,3	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	34,5	41,5	37,3	20,2	39,3	53,9	58,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,2	3,0	1,7	2,3	3,3	3,5	3,3	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	32,4	38,5	35,6	17,8	36,0	50,4	54,9	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern²⁵⁾										
Norwegen	Mio DM	0,3	3,4	2,8	0,5	0,5	0,6	0,9	22,1	...
UdSSR	Mio DM	-	0,1	-	-	-	7,5	15,1	15,9	...
Niederlande	Mio DM	0,6	2,2	3,4	2,5	2,7	2,7	3,8	2,6	...
Dänemark	Mio DM	0,8	2,0	2,8	1,7	2,0	2,2	2,9	2,5	...
Schweden	Mio DM	0,6	3,7	3,9	8,4	4,1	8,0	5,5	2,3	...
Kuba	Mio DM	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,2	4,4	2,3	...
Vereinigte Staaten von Amerika	Mio DM	0,3	1,9	2,2	2,0	2,2	2,0	1,9	1,7	...
Großbritannien	Mio DM	0,1	2,1	0,6	5,2	0,6	1,4	1,7	1,3	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt²⁵⁾										
Güterempfang	1000 t	141	244	226	207	195	310	311	203	...
Güterversand	1000 t	86	122	167	177	133	129	107	130	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	85	87	49	61	118	102	91	...
*Güterversand	1000 t	.	147	158	49	65	190	155	124	...
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	4 724	4 621	3 979	3 688	5 353	4 835	4 737	...
darunter										
deutsche	%	64,0	62,1	58,7	57,7	61,7	60,6	59,5	63,6	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 145	2 611	2 580	1 939	2 837	2 893	2 658	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	27,3	24,9	23,6	27,2	33,7	23,9	27,5	...

18) nach den Ergebnissen der monatlichen Bauberichterstattung (Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten). Jahreszahlen: Durchschnitte jeweils Bauwirtschaftsjahr Oktober bis September 19) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 20) bis 1955 Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956 nur Neubau und Wiederaufbau 21) 1950 bis 1955 Normal- und Notwohnungen; ab 1956 nur Normalwohnungen 22) 1950: Normal- und Notbau; 1954 bis 1955: Normalbau 23) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 24) VE = Verrechnungseinheiten 25) ab Januar 1955 vorläufige Ergebnisse

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950-	1954	1954/55			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.-+ Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: VERKEHR										
noch: Nord-Ostsee-Kanal										
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 284	4 158	3 658	2 834	4 231	4 326	3 949	...
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	29,6	29,4	26,5	28,6	34,0	26,7	29,6	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 660	2 260	2 119	1 671	1 907	2 350	2 156	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 624	1 897	1 539	1 163	2 324	1 976	1 793	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 407	1 690	1 195	1 590	2 045	1 600	1 545	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	822	227	131	287	155	127	130	...
*Personenkraftwagen		398	939	939	711	838	1 277	1 031	950	...
*Kombinationskraftwagen		.	73	66	43	52	83	76	65	...
*Lastkraftwagen		247	227	238	129	153	303	232	231	...
Straßenverkehrsunfälle ²⁶⁾										
*Unfälle insgesamt		826	1 494	1 652	1 128	1 232	1 781	1 744	1 354	1 464
davon										
*nur mit Personenschaden		417	734	122	70	75	121	85	96	61
mit Personen- und Sachschaden		409	761	591	274	273	756	587	430	283
nur mit Sachschaden		17	30	45	16	13	37	26	22	20
*Getötete Personen 27)		493	897	837	404	402	1 037	822	626	408
*Verletzte Personen										
Fremdenverkehr										
*Fremdenneumeldungen ²⁸⁾	1000	61 ^h	105 ^h	29	33	35	48	35	45	...
darunter										
*von Ausländern	1000	3 ^h	17 ^h	3	2	2	5	4	3	...
*Fremdenübernachtungen ²⁸⁾	1000	377 ^h	674 ^h	96	104	101	150	116	130	...
darunter										
*von Ausländern	1000	8 ^h	40 ^h	6	5	5	8	7	6	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB)										
*Kredite an Nichtbanken ²⁹⁾	Mio DM	565	1 559	1 721	1 774	1 758	2 162	2 180
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	405	698	723	752	752	848	861
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	389	687	715	746	747	843	857
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	161	861	998	1 021	1 006	1 314	1 318
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	144	756	874	897	876	1 133	1 135
*Sicht- und befristete Einlagen von Nichtbanken ²⁹⁾	Mio DM	397	997	1 111	1 124	1 155	1 242	1 245
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	216	396	436	438	441	502	493
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	X	X	507	517	529	597	606
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	X	X	345	354	362	403	410	418	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	37	67	37	29	30	57
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	23	44	27	17	25	48
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	20	16	17	18	15	17	13	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	4	3	4	3	3	3	2	...
Wechselproteste	Anzahl	682	1 239	1 256	1 323	1 017	1 409	1 477
	Wert	517	620	691	628	491	723	776
OFFENTLICHE FÜRSORGE										
*Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge										
*Parteien	1000	58 ⁱ	48 ⁱ	48 ^j	.	.	.	42 ^k	.	.
Personen										
*absolut	1000	94 ⁱ	72 ⁱ	71 ^j	.	.	.	61 ^k	.	.
*je 1000 Einwohner		36,1 ⁱ	31,1 ⁱ	30,9 ^j	.	.	.	27,0 ^k	.	.
Aufwand ³⁰⁾										
insgesamt										
*absolut	1000 DM	15 499 ⁺	19 266 ⁺	20 014 ^m	.	.	.	18 502 ⁿ	.	.
*je Einwohner	DM	6,02 ⁺	8,33 ⁺	8,67 ^m	.	.	.	8,12 ⁿ	.	.
darunter für										
Offene Fürsorge										
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 ⁺	8 006 ⁺	8 204 ^m	.	.	.	6 777 ⁿ	.	.
Einmalige Unterstützung	1000 DM	4 082 ⁺	3 215 ⁺	3 705 ^m	.	.	.	4 084 ⁿ	.	.
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 ⁺	7 129 ⁺	7 210 ^m	.	.	.	6 662 ⁿ	.	.

26) Monatsangaben 1955 und 1956 = vorläufige Zahlen 27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) 1955 und 1956 = vorläufige Zahlen 29) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes

30) einschl. Sonderleistungen

h) Durchschnitt Sommerhalbjahr
m) 3. Rechnungsvierteljahr 1954

i) aus 5 Stichtagen

j) Stand: 31. 12. 1954

k) Stand: 31. 12. 1955

n) 3. Rechnungsvierteljahr 1955

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1954/55			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- ⁺ Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	
STEUERN ³¹⁾										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	53 722	54 525	67 412	43 931	64 852	72 644	81 675	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz- ausgleichsteuer	1000 DM	14 580	23 858	23 960	33 777	21 302	26 583	27 248	36 691	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	634	623	658	524	735	674	767	...
*Zölle	1000 DM	1 381	4 615	5 092	4 915	5 397	5 875	6 239	6 649	...
*Verbrauchssteuern darunter	1000 DM	27 474	22 231	21 159	25 621	15 118	29 758	33 676	34 761	...
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	14 266	13 032	16 793	11 562	21 485	21 520	22 273	...
*Notopfer Berlin 32)	1000 DM	951	2 384	3 690	2 440	1 591	1 901	4 807	2 807	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³³⁾	1000 DM	5 569	7 491	5 169	5 491	10 800	17 893	10 199	11 686	...
*Landesteuern ³⁴⁾	1000 DM	14 273	30 523	48 172	33 358	20 061	21 812	49 408	28 788	...
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	8 955	9 696	9 459	8 989	10 334	11 855	13 594	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 413	25 556	13 395	5 047	3 528	22 732	8 484	...
*Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	1000 DM	69	288	602	525	41	164	603	713	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	4 546	8 226	5 397	848	1 343	9 184	1 173	...
*Vermögensteuer	1000 DM	268	918	759	374	1 484	2 531	727	488	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	1 916	1 946	2 195	1 650	2 312	2 498	2 708	...
*Biersteuer	1000 DM	248	228	199	176	243	287	232	215	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	41 121 ⁺	43 977 ^q	.	.	.	45 703 ^q	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 517 ⁺	6 616 ^q	.	.	.	6 787 ^q	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	10 671 ⁺	11 116 ^q	.	.	.	11 067 ^q	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	21 001 ⁺	23 135 ^q	.	.	.	24 765 ^q	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	2 933 ⁺	3 110 ^q	.	.	.	3 084 ^q	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	4 352 ⁺	4 332 ^q	.	.	.	4 834 ^q	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	103	104	104	103	105	p 104
Preise ausgewählter Grundstoffe	1938=100	192	235	237	238	236	p 245	p 247	p 245	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	116	117	118	118	120	120	120	...
landwirtschaftlicher Produkte	1949/50 =100	100	108	109	110	109	117	p 119	p 119	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	229	.	.	236	250
Verbraucherpreise für sächliche Betriebsmittel der Landwirtschaft	1938=100	162	208	.	.	214	218
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	104	105	104	105	105	105	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁵⁾	1950=100	100	108	110	110	109	112	112	112	...
darunter										
Ernährung	1950=100	100	114	116	116	115	118	118	117	...
Wohnung	1950=100	100	107	107	107	107	116	116	116	...
Heizung und Beleuchtung	1950=100	100	127	129	129	129	131	131	131	...
Bekleidung	1950=100	100	97	96	96	97	97	97	97	...
Hausrat	1950=100	100	102	102	102	103	103	103	104	...
LOHNE DER INDUSTRIEARBEITER ³⁶⁾										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16 ⁺	89,74 ⁺	.	.	93,72	99,73
darunter										
*Facharbeiter	DM	68,90 ⁺	96,98 ⁺	.	.	100,60	108,45
*Frauen	DM	37,09 ⁺	50,72 ⁺	.	.	52,55	57,89
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4 ⁺	176,7 ⁺	.	.	183,0	197,8
darunter										
*Facharbeiter	Pf	139,8 ⁺	189,6 ⁺	.	.	194,9	212,0
*Frauen	Pf	80,8 ⁺	107,1 ⁺	.	.	111,0	121,5
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
*Männer	Std	49,2 ⁺	50,8 ⁺	.	.	51,2	50,4
*Frauen	Std	45,9 ⁺	47,4 ⁺	.	.	47,3	47,6

31) Rechnungsjahr 32) ohne Abgabe auf Postsendungen 33) ohne Hypothekengewinnabgaben, 1950 nur Soforthilfe-Abgaben
 34) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern 35) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 36) Effektivverdienste
 q) 1. 10. bis 31. 12.

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung insgesamt	JD	1 000	2 611	2 521	2 458	2 385	2 325
darunter							
Vertriebens ²⁾							
absolut	JD	1 000	912	839	754	699	653
in % der Bevölkerung			34,9	33,3	30,7	29,3	28,1
Zugewanderte ³⁾							
absolut	JD	1 000	104	101	131	131	132
in % der Bevölkerung			4,0	4,0	5,3	5,5	5,7
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108 ^a	- 84	- 73	- 90	- 49
Umsiedler	JS		98 601 ^a	45 186	52 279	81 088	42 155
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾	30.9.	1 000	650	633	653	667	683
darunter in den Wirtschaftsbereichen							
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	97	95	92	88
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	249	264	279	294
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	123	130	134	140
Arbeitslose							
insgesamt							
absolut	30.9.	1 000	178	157	119	90	75
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9
darunter							
Dauerarbeitslose ⁵⁾	30.9.	1 000	58	72	58	44	35 ^b
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR							
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ^{6) 7)}							
absolut	1.5.	1 000	467	436	407	384	359
je 1 000 Einwohner			177	172	165	160	154
LANDWIRTSCHAFT							
Anbau ⁸⁾ von							
Getreide (einschl. Körnermais)		1 000 ha	347	345	368	373	392
darunter							
Brotgetreide		1 000 ha	166	152	176	179	210
Kartoffeln		1 000 ha	72	65	61	61	56
Zuckerrüben zur Rübenzuckerherstellung		1 000 ha	8	10	11	11	14
Gemüse ⁹⁾		1 000 ha	10	7	9	10	8
darunter							
Kopfkohl		1 000 ha	6	4	5	5	3
Ernte von							
Getreide (ohne Körnermais)	JS	1 000 t	784	875	1 037	1 032	1 020
darunter							
Brotgetreide	JS	1 000 t	373	384	503	489	548
Kartoffeln	JS	1 000 t	1 562	1 344	1 448	1 381	1 326
Zuckerrüben	JS	1 000 t	231	283	299	364	344
Gemüse	JS	1 000 t	304	208	250	300	166
darunter							
Kopfkohl	JS	1 000 t	243	161	194	222	115
Viehbestand							
Pferde	3.12.	1 000	167	148	134	122	107
Rinder	3.12.	1 000	999	994	1 045	1 053	1 061
darunter							
Milchkühe	3.12.	1 000	458	454	453	462	451
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196
Schafe	3.12.	1 000	129	130	129	123	114
Hühner ¹⁰⁾	3.12.	1 000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ¹¹⁾							
Rinder	WJ	1 000	174	199	207	246	p 252
Schweine	WJ	1 000	945	1 248	1 276	1 222	p 1 370
Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634
INDUSTRIE¹²⁾							
Beschäftigte							
absolut	JD	1 000	109	115	119	126	136
je 1 000 Einwohner			41,7	45,7	48,2	52,7	58,4
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117
Umsatz ¹³⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747
darunter							
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551
Index der industriellen Produktion	JD	1936=100	108	123	127	136	151
je Einwohner berechnet	JD	1936=100	60	71	75	84	95
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN							
Baugenehmigungen ¹⁴⁾							
Wohnungen (Normal- und Notwohnungen)	JS		27 669	19 752	21 029	22 553	21 824
Baufertigstellungen							
Wohnungen ¹⁵⁾							
absolut	JS	1 000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1

Fußnoten siehe nächste Seite

noch: b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954
noch: BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN							
noch: Baufertigstellungen							
Wohnräume 16)							
absolut	JS	1 000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3
Bestand an							
Wohnungen 17)	31.12.	1 000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0
Wohnräumen 16)	31.12.	1 000	1 853,1	1 928,6	1 987,4	2 054,7	2 122,2
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt	JD	1950=100	100	107	110	117	120
Ausfuhr nach Warengruppen							
absolut							
insgesamt	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5
davon Güter der							
Ernährungswirtschaft	JS	Mio DM	8,9	37,7	31,2	32,4	34,2
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mio DM	78,0	194,9	283,0	342,2	475,3
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	2 290	2 559	2 714	p2 932
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 022	1 040	1 058	p1 460
Binnenschifffahrt 18)							
Güterempfang	JS	1 000 t	1 016
Güterversand	JS	1 000 t	1 767
Nord-Ostsee-Kanal							
Schiffverkehr							
Schiffe	JS		47 271	52 612	56 267	54 993	56 687
darunter							
deutsche	JS	%	64,0	64,3	64,0	63,1	62,1
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	20 886	22 708	22 498	25 745
darunter							
deutscher Anteil	JS	%	23,3	26,1	28,9	29,1	27,3
Güterverkehr							
Gesamtverkehr	JS	1 000 t	29 907	32 429	32 948	32 897	39 412
darunter							
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	25,7	31,7	31,8	29,6
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	15 313	16 722	15 871	19 922
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	17 116	16 225	17 026	19 491
Kraftfahrzeugbestand							
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1 000	66 ^o	88 ^o	112	139	167
darunter							
Krafträder	1.7.	1 000	22 ^o	31 ^o	41	52	63
Pkw	1.7.	1 000	20 ^o	27 ^o	34	42	54
Lkw	1.7.	1 000	16 ^o	19 ^o	23	26	28
Fremdenverkehr 19)							
Fremdenneumeldungen							
darunter							
von Ausländern	JS	1 000	28	45	71	96	122
Fremdenübernachtungen	JS	1 000	2 686	3 360	3 957	4 478	4 744
darunter							
von Ausländern	JS	1 000	63	103	156	214	279
Übernachtungen in Kinderheimen	JS	1 000	1 533	1 959	2 203	2 347	2 385
GELD UND KREDIT							
Spareinlagen							
absolut	31.12.	Mio DM	131	154	223	337	507
je Einwohner	31.12.	DM	51	62	92	144	220
STEUERN							
Bundeesteuern							
absolut	Rj.(JS)	Mio DM	536	617	682	647	645
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277
Landessteuern 20)							
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158
Gemeindesteuern							
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	182
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	78

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj = Rechnungsjahr, WJ = Wirtschaftsjahr 2) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte 6) Stand 1950 - 1952: 15.5. 7) ohne Minderheitsschulen 8) sofern nicht anders vermerkt, nach den Bodenbenutzungserhebungen 9) nach den Erhebungen über den endgültigen Gemüseanbau 10) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 11) gewerbli. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietl. Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 12) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 13) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 14) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 15) 1950/51: Normal- und Notbau, 1952/54: Normalbau 16) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 17) Normalwohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, ohne beschlagnahmte Wohnungen 18) 1950 - 1953 nicht vollständig erfasst 19) 1. 4. bis 31. 3. des folgenden Jahres 20) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils a) einschl. Einzelumsiedler und Anrechnungsfälle aus dem Jahr 1949 b) Stand: 31.8. c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; der Gesamtbestand, also einschl. der stillliegenden, wurde in diesen beiden Jahren nicht gezählt

c) Kreiszahlen

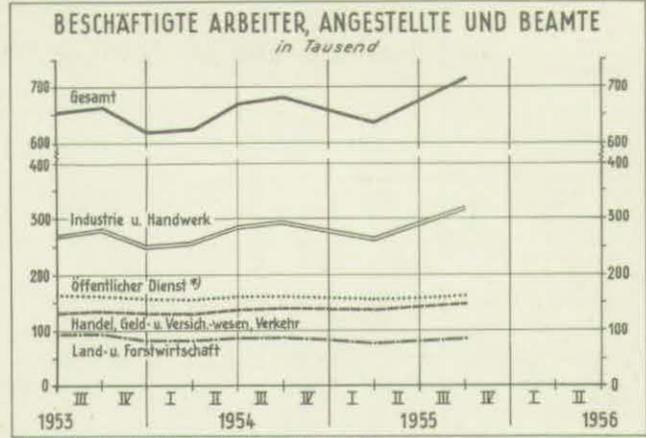
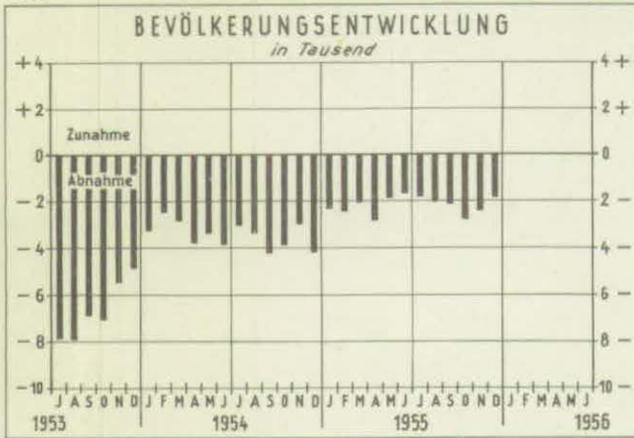
Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung am 31.12.1955						Industrie ³⁾		Einnahmen an Gemeindesteuern im Kalenderjahr 1955				
	ins-gesamt	darunter				Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Be-schäftigte am 31. 1. 1956	Umsatz ⁴⁾ in Mio DM im Jan. 1956	ins-gesamt in 1 000 DM	darunter		
		Vertrie-bene 1)		Zugewan-derte 2)		1939	1950				Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
		absolut	in %	absolut	in %						absolut in 1 000 DM	absolut in DM	Veränd. in % gegenüber Kalender-jahr 1954
Flensburg	94 283	21 501	22,8	6 026	6,4	+ 33,0 - 8,3	6 925	10,8	8 749	5 344	56,45	+ 9	
Kiel	257 294	49 063	19,1	15 306	5,9	- 6,0 + 1,1	31 371	56,1	30 108	19 997	77,82	+ 14	
Lübeck	228 766	68 062	29,8	19 116	8,4	+ 47,8 - 4,0	30 178	55,8	28 394	18 486	80,57	+ 5	
Neumünster	72 364	19 067	26,3	4 109	5,7	+ 33,8 - 1,5	11 189	18,6	8 081	5 183	71,65	+ 2	
Eckernförde	68 301	21 629	31,7	3 665	5,4	+ 59,6 - 21,2	1 490	2,0	3 916	1 232	17,77	+ 22	
Eiderstedt	20 295	3 866	19,0	1 118	5,5	+ 34,1 - 22,5	316	0,7	1 682	428	20,51	- 3	
Eutin	90 298	30 551	33,8	7 187	8,0	+ 75,3 - 15,7	3 313	7,2	6 294	2 661	29,28	+ 13	
Flensburg-Land	62 506	15 139	24,2	2 503	4,0	+ 39,9 - 20,7	784	1,3	3 386	1 035	16,38	+ 34	
Hzgt. Lauenburg	131 599	45 153	34,3	11 281	8,6	+ 80,7 - 12,4	8 176	14,0	8 624	3 973	30,03	+ 14	
Husum	63 379	11 917	18,8	2 304	3,6	+ 33,5 - 19,2	743	0,8	4 327	1 581	24,62	+ 23	
Norderdithmarschen	61 120	15 822	25,9	2 854	4,7	+ 37,8 - 21,2	842	1,4	4 517	1 622	26,16	+ 9	
Oldenburg/Holstein	82 214	24 723	30,1	5 194	6,3	+ 55,3 - 17,4	1 119	5,4	5 444	1 847	22,21	- 19	
Pinneberg	191 763	59 456	31,0	9 373	4,9	+ 72,1 - 4,0	17 652	45,6	15 127	9 083	47,66	+ 12	
Plön	108 140	29 500	27,3	5 927	5,5	+ 60,4 - 13,0	1 471	4,0	6 320	2 158	19,87	+ 24	
Rendsburg	156 559	43 400	27,7	7 431	4,7	+ 57,6 - 15,5	8 451	12,6	11 286	5 889	37,34	+ 17	
Schleswig	101 261	24 022	23,7	4 748	4,7	+ 30,5 - 20,8	3 318	20,2	6 636	2 963	28,80	+ 15	
Segeberg	92 736	28 781	31,0	5 343	5,8	+ 72,6 - 16,7	4 135	7,8	5 252	2 017	21,52	+ 14	
Steinburg	125 625	37 249	29,7	5 716	4,6	+ 45,8 - 19,5	8 481	20,5	10 228	5 657	44,57	+ 10	
Stormarn	133 800	43 188	32,3	8 075	6,0	+ 97,1 - 8,6	5 305	37,6	9 099	4 470	33,41	+ 24	
Süderdithmarschen	76 085	19 006	25,0	2 908	3,8	+ 40,9 - 22,5	3 757	15,4	5 079	2 061	26,82	+ 8	
Südtondern	58 952	11 060	18,8	3 241	5,5	+ 27,4 - 18,0	936	1,5	4 268	1 726	28,83	+ 27	
Schleswig-Holstein	2 277 340	622 155	27,3	133 425	5,9	+ 43,3 - 12,2	149 952	339,3	186 809	99 407	43,40	+ 12	

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im Jahre 1955						Baufertigstellungen im Jahre 1955		Öffentliche Fürsorge						
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude			Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden			Wohnungen		Lfd. unterstützte Pers. in d. offenen Fürsorge am 31.12.1955		Gesamtaufwand ⁶⁾ im 3. Rv.j. 1955				
	ins-gesamt	dar. für Wohn-ge-bäude	ins-gesamt	dar. in Wohn-ge-bäuden	ins-gesamt	in ganzen Wohn-ge-bäuden	Normal-wohn-nungen	Normal-wohn-räume ⁵⁾	absolut	je 1 000 Einw.	ins-gesamt	darunter für			je Einw. in DM
												lfd.	einmalige	geschl. Fürsorge	
1000 DM		1000 cbm													
Flensburg	18 469	15 483	348	293	1 103	1 067	569	2 385	2 654	28,1	786	333	220	210	8,33
Kiel	68 738	53 587	1 395	1 085	3 968	3 573	2 480	8 307	7 687	29,9	1 849	871	475	445	7,19
Lübeck	55 958	40 653	1 222	822	3 132	2 947	1 913	7 100	6 220	27,2	1 952	766	627	480	8,53
Neumünster	13 472	8 503	277	178	548	522	737	2 826	1 819	25,1	496	219	128	128	6,84
Eckernförde	9 152	7 520	237	173	579	514	454	1 630	2 129	31,2	512	238	128	115	7,49
Eiderstedt	2 892	2 227	58	42	132	119	143	531	595	29,3	124	61	26	25	6,07
Eutin	12 854	10 860	293	230	769	718	620	2 391	2 895	32,1	800	318	289	137	8,84
Flensburg-Land	9 073	7 680	239	177	500	479	446	1 594	1 405	22,5	338	122	74	114	5,40
Hzgt. Lauenburg	20 254	15 343	514	327	1 165	1 017	920	3 685	3 214	24,4	843	391	223	178	6,40
Husum	8 307	7 095	202	148	447	411	447	1 685	1 301	20,5	343	161	93	69	5,42
Norderdithmarschen	10 671	8 035	256	168	647	560	368	1 419	1 613	26,4	412	198	94	91	6,74
Oldenburg/Holstein	11 064	8 928	274	193	700	631	645	2 363	2 147	26,1	488	227	139	79	5,93
Pinneberg	54 929	42 851	1 107	811	3 091	2 817	2 306	8 659	3 105	16,2	1 040	378	263	328	5,43
Plön	19 192	15 815	467	342	1 285	1 181	885	3 293	2 639	24,4	574	324	109	82	5,31
Rendsburg	31 365	26 089	734	545	1 696	1 561	1 059	3 880	4 052	25,9	1 001	470	279	154	6,38
Schleswig	11 251	7 993	284	178	606	499	496	1 746	2 625	25,9	651	292	151	177	6,41
Segeberg	14 215	12 306	366	276	894	771	757	2 923	1 636	17,6	496	197	99	137	5,34
Steinburg	18 178	14 697	429	305	1 027	915	740	2 747	3 146	25,0	830	354	218	186	6,60
Stormarn	23 935	18 930	534	389	1 475	1 129	1 247	4 487	2 536	19,0	673	321	157	138	5,03
Süderdithmarschen	8 511	5 876	206	120	416	357	445	1 446	2 264	29,8	475	238	155	54	6,24
Südtondern	12 789	9 335	341	233	482	438	645	2 772	1 142	19,4	311	139	56	94	5,26
Schleswig-Holstein	435 269	339 806	9 783	7 035	24 662	22 226	18 322	67 869	61 405 ^a	27,0	18 502 ^b	6 777 ^a	4 084	6 662 ^c	8,12

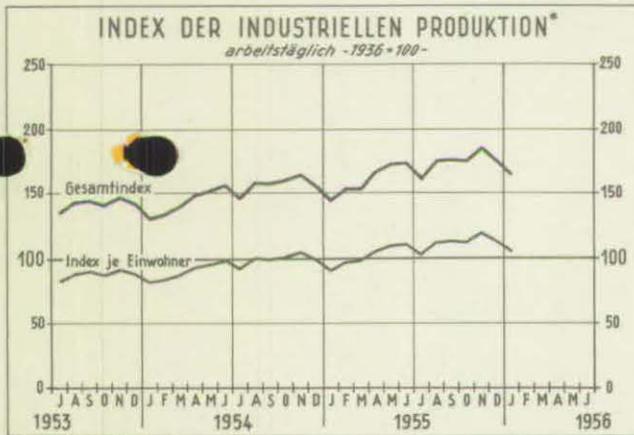
1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand von 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten). Angaben für den alten Firmenkreis 4) einschl. Verbrauchsteuern 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 6) einschl. Sonderleistungen a) einschl. Landesfürsorgeverband b) einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk c) einschl. Landesfürsorgeverband und Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN

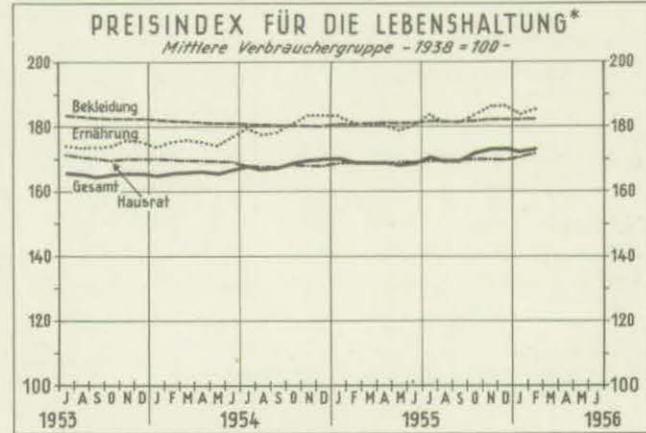
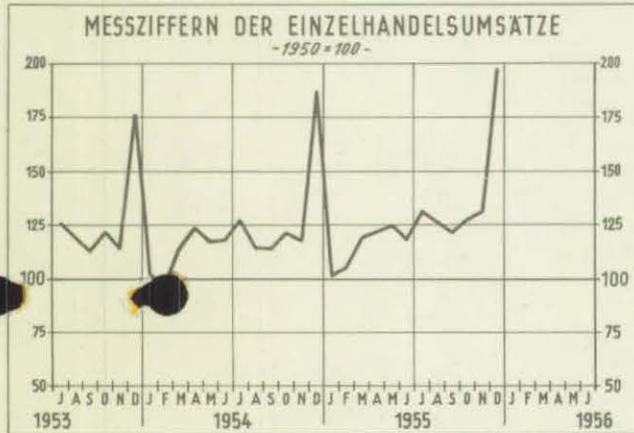
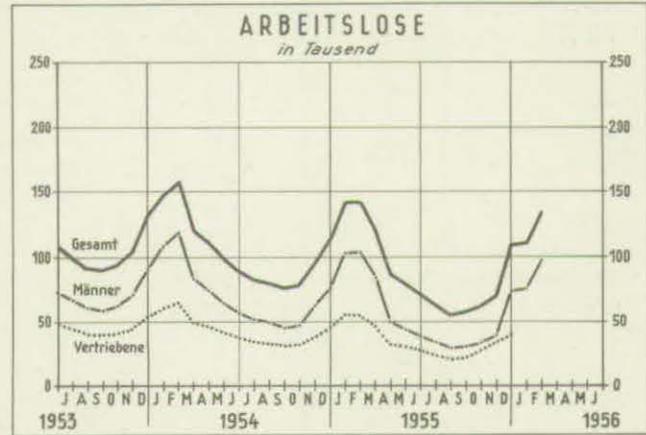
0-1999



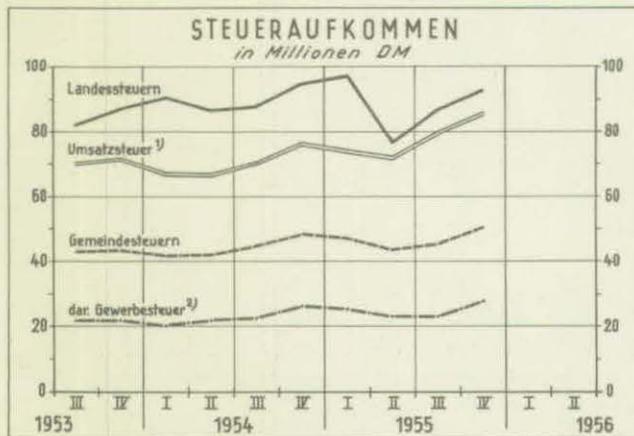
*) einschl. Dienstleistungen im öffentl. Interesse



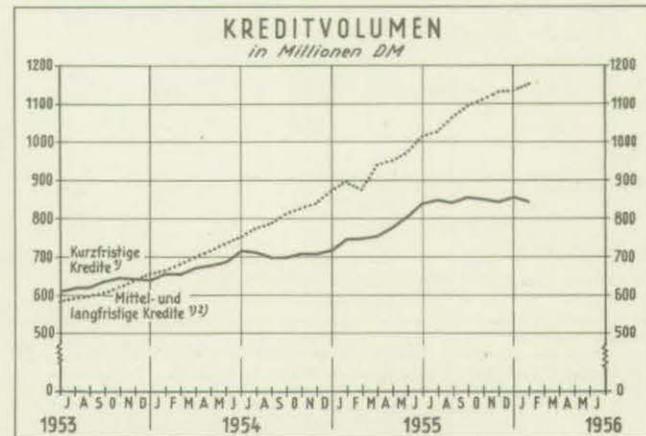
*) ohne Bauwirtschaft



*) 4-Personen Arbeitnehmer-Haushaltung



*) einschl. Umsatzausgleichsteuer
*) nach Ertrag und Kapital und nach Lohnsumme



*) von Geschäftsbanken an Wirtschaftsunternehmen und Private
*) einschl. durchlaufender Kredite

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Im Februar 1956 sind erschienen:

Statistische Berichte:

Bevölkerung

Natürliche Bevölkerungsbewegung – November 1955 –
Wanderungsbewegung – Oktober 1955 –
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung – Stand 30. November 1955 –
Umsiedlung – November 1955 –

Gesundheitswesen

Neuerkrankungen an den wichtigsten meldepflichtigen Krankheiten – Januar 1956 –
Krankenanstalten – Stand 31. Dezember 1955 –

Preise

Einzelhandelspreise (Landesdurchschnitt) – Stand 15. Januar 1956 –
Preisindex für die Lebenshaltung – Januar 1956 –

Handel

Einzelhandelsumsätze – Dezember 1955 –
Schnellbericht zur Einzelhandelsumsatzstatistik – Januar 1956 –
Warenverkehr mit den Westsektoren Berlins und Interzonenhandel – Dezember 1955 –
Aussenhandel (Vorläufiges Ergebnis) – November 1955 –

Verkehr

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (Vorläufiges Ergebnis) – Stand 1. Januar 1956 –
Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf den Binnenwasserstrassen – 4. Vierteljahr 1955 –
Strassenverkehrsunfälle (Vorläufiges Ergebnis) – Januar 1956 –
Strassenverkehrsunfälle (Vorläufiges Ergebnis) – 4. Vierteljahr 1955 –
Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1955

Löhne

Industriearbeiterlöhne – November 1955 –

Industrie

Industriebericht – Dezember 1955 –
Kreisergebnisse der Industrieberichterstattung – November und Dezember 1955 –

Bauwirtschaft

Bauwirtschaftsbericht – Dezember 1955 –

Landwirtschaft

Viehbestände am 2. Dezember 1955 (Endgültiges Ergebnis)
Schlachtungen und Fleischanfall – Dezember 1955 –
Milcherzeugung und -verwendung – Dezember 1955 –
Vollmilchanlieferung an die Meiereien, Milchbe- und -verarbeitung – Dezember 1955 –

Wahlen

Kreistags- und Gemeindewahlen am 24. April 1955

Bautätigkeit

Erteilte Baugenehmigungen – 4. Vierteljahr 1955 –

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahres-
bezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. – Bestellungen nimmt entgegen: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
Kiel, Mecklenburger Str. 54, Fernruf: Kiel 31 671, Hausapp. 371

Postbezugspreis entfällt, da nur V-Stücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.